

Erkheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei im's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Konnoement: 3,00 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Monat. Gänger. In der Post-Zeitung. Preis für 1893 unter Nr. 4708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berichtsungen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. - Aufsicht: Justiz-Dr. 4180.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 6. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Die französische Krise

Ist von uns schon so oft besprochen worden, daß der Eine oder Andere, wenn er diese Ueberschrift sieht, vielleicht meinen könnte: es ist zu viel. Wohl mit Unrecht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wirkungen des Kapitalismus in Frankreich zu einer revolutionären Krise geführt haben, die für die gesamte Kulturwelt folgenreich sein wird. Und dabei ist die Lage der Dinge dort, trotz aller scheinbaren Einfachheit, doch eine so verwickelte, daß es sehr schwer ist sich zurechtzufinden. Unter den französischen Genossen selbst ist die Auffassung eine verschiedene. Und damit unsere Leser Gelegenheit haben, sich vollständig zu unterrichten, so theilen wir ihnen nachstehend einen Brief mit, den einer unserer bekanntesten französischen Genossen uns geschrieben hat, und dessen Inhalt von dem der früher von uns veröffentlichten Briefe über die gegenwärtige Krise einigermaßen abweicht.

Der Brief, den wir nicht kommentieren — unsere Ansicht haben wir ja auch bereits ausgesprochen — lautet in der Uebersetzung wie folgt:

Paris, 2. Januar.

Die Panama-Angelegenheit nimmt eine neue Wendung oder vielmehr wird der Versuch gemacht, ihr eine andere Richtung zu geben.

In dem Tage, wo das Ministerium mit Mühe und Noth eine Majorität von sechs Stimmen erhielt, war es in Wirklichkeit eine Minorität von zwei Stimmen, da die Minister sich an der Abstimmung betheiligten; ein Freund des Justizministers Bourgeois fragte diesen, ob er nicht seine Entlassung nehmen wolle. — Nein, war die Antwort, ich opfere mich.

In der That hatte Bourgeois es nur deshalb übernommen, an die Stelle Ricard's ins Justizministerium zu treten, um die Panama-Angelegenheit zu erledigen. Heute ist sein Plan deutlich erkennbar.

Dierzu war zunächst erforderlich den Glauben zu erregen, daß er volles Licht in die Sache bringen wolle, um so leichter die Untersuchungs-Kommission lahm zu legen. Als er das Ministerium übernahm, verkündete er geräuschvoll, daß er alles in Bewegung setzen wolle, um die Schuldigen zu ermitteln und sie strenger Strafe zu überweisen. Einige Tage darauf beantragte er bei der Kammer und dem Senat die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von fünf Senatoren und fünf Abgeordneten, unter denen sich zwei Mitglieder des vorigen Kabinetts, Roche und Rouvier, befanden. Das war ein Meisterreich; er beruhigte so alle diejenigen, welche verlangten, daß die Justiz ihren Lauf nehme, und um sie noch besser einzuschläfern, verfügte er die von seinem Vorgänger abgelehnte Untersuchung der Leiche Reinach's. Auch ließ er der Untersuchungskommission die richterlichen Untersuchungsakten vorlegen, aus denen er wohlweislich gewisse gefährliche Aktenstücke entfernt hatte. Es hatte den Anschein, als ob er der Kommission sagen wollte: Seht, ich stelle alle Aktenstücke zu eurer Verfügung. Sucht, forschet, und wenn ihr die Schuldigen gefunden habt, nennt sie mir. Ich werde prompte Justiz üben.

Gleichzeitig aber verhaftete er Herrn von Lefevre und die Panama-Direktoren und beschlagnahmte alle ihre Papiere, wobei er einen doppelten Zweck verfolgte. Lefevre stand im Verdacht, den Zeitungen die republikanischen Abgeordneten denungirt zu

haben, um die Regierung zu zwingen, die Verfolgungen gegen die Panama-Gesellschaft einzustellen; indem man ihn verhaftete, verhinderte man ihn, sein Spiel fortzusetzen und indem man seine Papiere und die seiner Mitangeklagten in Beschlag nahm, bemächtigte man sich aller kompromittirenden Beweisstücke. Auf diese Weise konnte man die Papiere, welche die republikanischen Deputirten angingen, unterdrücken, und dagegen diejenigen, welche den Beweis lieferten, daß die Abgeordneten der Rechten auch vom Panamagelde geschmeckt hatten, aufbewahren.

Es war eigenthümlich, daß, obwohl die Mitglieder der Rechten, 185 von 146, eifrige Panamisten gewesen waren und im Jahre 1888 für die Emission von sechshundert Millionen Französischfranken gestimmt hatten, und die Gesellschaft, um diese Zustimmung zu erzielen, wie man sagt, 150 Abgeordnete gekauft haben sollte, unter den Mitgliedern der Rechten dennoch nur ein Bestochener, Dugué de la Fauconnerie gefunden wurde und dieser eine war dazu noch ein zwischen der Rechten und dem Zentrum schwanlendes Mitglied. Ja, es war Delahaye, ein monarchistischer Boulangist, und Provost de Launay, ein reiner Katholik, welche die Panama-Denunziationen im Parlament und vor der Untersuchungskommission begonnen hatten und fortsetzten. Die Monarchisten hatten gutes Spiel; sie waren die unbescholteneren Männer und unbeugsamen Richter und erdrückten die Republikaner mit dem ganzen Gewicht ihrer Tugend. Man mußte also um jeden Preis, nicht um die Ehre der Republikaner zu retten, sondern um zu beweisen, daß sie nicht allein die Korrupturen waren, auch Monarchisten auffinden, welche Chefs empfangen hatten.

Man war also darauf gefaßt, daß Bourgeois die Namen der kompromittirten Monarchisten veröffentlichen und sie ebenso verfolgen werde, wie die Republikaner. Um so erstaunter war man, daß nichts deraartiges geschah. Der Plan Bourgeois' war ein ganz anderer.

Dadurch, daß man die Monarchisten kompromittirte, war die Ehre der Republikaner noch nicht gerettet. Wenn man die Einigen wie die Anderen verfolgte, stand zu fürchten, daß die Schuldigen sich nicht damit begnügen würden, wie man im Spitzbuben-Jargon sagt, den Bissen herunter zu schlucken (manger le morceau), sondern auch Andere denunzieren würden. Das hieße den Skandal vergrößern, statt ihn zu erledigen. Es war also besser, die geheimen Beweisstücke als Drohung für die Denunzianten der Rechten aufzubewahren und die neun der Bestechung angeklagten republikanischen Abgeordneten und Senatoren für nichtschuldig erklären zu lassen.

Und dieses Manöver scheint im vollen Gange zu sein. Bereits kündigt man an, daß der Untersuchungsrichter die Einstellung des Verfahrens verfügen und die Angeklagten als weiß wie Schnee entlassen werde mit dem Heiligenschein des Märtyrers, denn schon fängt man zu sagen an, sie seien die Opfer der Boulangisten.

Nicht nur die Abgeordneten und Senatoren werden für unschuldig erklärt werden, sondern auch die Direktoren der Gesellschaft, wohlverstanden unter der Bedingung, daß sie schweigen. Karl v. Lefevre ist bereits auf dies Geschäft eingegangen; er hat vor dem Untersuchungsrichter die Aussage darüber verweigert, auf welche Art die Geheimfonds der Panama-Gesellschaft verwandt worden; das wäre ein Staatsgeheimniß, wie die Verwendung des Reptilienfonds.

Die republikanischen Zeitungen haben die Parole erhalten, die Aufklärung zu verhindern, so laut sie dieselbe auch fordern, indem sie Tag für Tag wiederholen, daß man genug an den

Skandalen hätte und die Republik durch ein monarchistisches Komplott bedroht würde.

Um die Aufmerksamkeit abzulenken, hat die Regierung den Anarchistenschreck, welcher vor der Panama-Angelegenheit in den Hintergrund getreten war, wieder geweckt. Eine harmlose Bombe explodirte auf der Polizeipräfektur und in den öffentlichen Versammlungen machten sich die Anarchisten breit. Man sprach von Revolutionen, von einem Wohlfahrtsausschuß, von Organisation einer Revolutionspartei in Sektionen, von einem Aufruf zu den Waffen und anderen ähnlichen Pöffen. Aber das anarchistische Komplott wurde zu Wasser. Die bekannten Sozialisten, welche man, ohne sie zu Rathe zu ziehen, zu Mitgliedern des Wohlfahrtsausschusses ernannt hatte, protestirten und spotteten über die Polizeimache.

Die öffentliche Meinung war nicht einen Augenblick in die Irre geführt, denn die Haltung der Sozialisten kennzeichnete sich durch die größte Besonnenheit. Doch wurde ihnen in der Kammer ihre Stellung nicht leicht. So lange nur republikanische Abgeordnete kompromittirt waren, konnten sie nicht mit deren Anklagen, die fast alle Monarchisten waren, gemeinsame Sache machen. Sie konnten nur sich betheiligen, indem sie nach rechts und links schlugen; und da kein Deputirter der Rechten auf dem Anklagesessel saß, wären sie zu einseitigen Angriffen genöthigt gewesen und hätten scheinbar die Sache der Monarchisten geführt. Es handelte sich darum, die Debatte zu vertiefen und zu zeigen, daß die Panama-Sache nicht ein zufälliger Einzelfall sei, sondern daß ähnliche Gaunereien sich alltäglich vollzögen, nicht bloß in Frankreich, sondern in allen kapitalistischen Ländern. Man hätte sie sonst beschuldigen können, in das Spiel der Schuldigen einzutreten und sie weiß waschen zu wollen. Man mußte also abwarten, daß die Sache eine Wendung nahm, die ihnen gestattete, auf eine der sozialistischen Partei vorthellhafte Weise aufzutreten. Diese abwartende Stellung wurde ihnen übrigens auch durch die Ereignisse aufgedrängt.

Nicht im Sitzungssaale des Parlaments, sondern in dessen Vorräumen und in den Zeitungen spielte sich der Panama-Skandal ab. Nur gelegentlich wurde er auf die Tribüne des Parlaments gebracht, als es sich darum handelte, die Untersuchungskommission zu ernennen und ihr Vollmachten zu erteilen. Es waren Monarchisten und Pourquiers de Boissier, ein geschworener Vasall von Constans, welche das Geschäft besorgten hatten. Déroulède hat nur einmal einen persönlichen Anfall gemacht, der sich auf Clémenceau bezog. Bis jetzt kann man sagen, daß die Panama-Frage noch nicht in der Kammer verhandelt ist.

Wer nicht in Frankreich lebt, sondern die Zeitungen liest, könnte annehmen, die ganze Nation wäre in Aufregung, aber das ist nicht der Fall.

Die Pariser Bevölkerung verhält sich apathisch und so zu sagen gleichgültig; es hat noch keine eigentliche Volkskundgebung stattgefunden, kaum zwei oder drei öffentliche Versammlungen. Und doch hatte sechs Jahre vorher, als die Affäre Wilson löschte, ganz Paris sich erhoben, und täglich drängten sich hunderttausende um die Kammer, um die Entlassung des Präsidenten Grövy zu fordern, und standen bereit, eine Revolution zu beginnen, wenn Ferry an Stelle Carnot's zum Präsidenten gewählt worden wäre. In den Industriezentren bemerkt man dieselbe Gleichgültigkeit. Und das läßt sich bis zu einem gewissen Grade erklären, denn die Finanz-Schwindelereien interessieren die Arbeiter nur theoretisch, da sie kein Geld zu verlieren haben. Anders steht es mit den Kleinbürgern und den Bürgern, welche stark geschädigt sind durch die Direktoren der Finanz-Unternehmungen.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

56

### Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

„Was haben Sie denn, süßes Herzchen?“ fragte er bestürzt.

Mit trüber Stimme erwiderte sie: „Ach, ich weine um meine arme Mama. Sie wird gewiß nicht schlafen können, wenn sie merkt, daß ich fort bin.“

Ihre Mutter schlief in der That nicht. Sobald Susanne ihr Zimmer verlassen hatte, blieb Frau Walter vor ihrem Manne stehen.

„Mein Gott! Was soll das heißen?“ fragte sie in höchster Bestürzung.

„Das heißt,“ schrieb Walter wüthend, „daß dieser Intrigant sie in seine Netze gelockt hat. Er ist Schuld daran, daß sie Cazottes Bewerbung ausschlug. Ihre Mitgift gefällt ihm, zum Teufel auch!“

Wüthend begann er im Gemach auf und ab zu laufen. „Du ziehst ihn ja beständig hierher,“ fuhr er fort, „thust schon mit ihm, schmeichelst ihm, weißt gar nicht, was Du ihm nicht alles zu Gefallen anstellen sollst. Bel-Ami hier, Bel-Ami da! So geh' von Morgen bis Abend. Nun hast Du Deinen Lohn!“

„Ich... ich sollte ihn hierher gezogen haben?“ flüsterie sie erbleichend.

„Ja, Du!“ schrieb er ihr in's Gesicht. „Ihr seid alle verrückt nach ihm, die Marcelle, Susanne und die übrigen.“

Denkst Du denn, ich sehe nicht, daß Ihr nicht zwei Tage ohne ihn bleiben könnt!“

Sie richtete sich tragisch auf: „Ich verbiete Ihnen in solchem Tone zu mir zu reden. Sie vergessen, daß ich meine Erziehung nicht wie Sie in einem Trüdelgeschäft genossen habe.“

Zunächst blieb er ganz starr stehen, dann stieß er einen zornigen Fluch aus, verließ das Zimmer und warf die Thür hinter sich zu.

Sobald sie allein war, ging sie instinktiv zum Spiegel, um ihr Gesicht zu betrachten, ob sich nichts darin verändert hätte, so unmöglich, so ungeheuerlich erschien ihr alles, was sich eben begeben hatte. Susanne liebte Bel-Ami! Und Bel-Ami wollte Susanne heirathen! Nein! Es war eine Täuschung, es konnte ja nicht wahr sein. Das Mädchen hatte eben ganz natürliches Gefallen an dem hübschen Manne gefunden und gehofft ihn zum Manne zu bekommen; sie hatte sich das eben eingebildet. Aber er? Er konnte nicht daran theilhaftig sein. Verwirrt, wie bei einer bevorstehenden großen Katastrophe dachte sie nach. — Nein! Bel-Ami konnte nicht das Geringste von Susanne's Streich wissen.

Und lange überlegte sie, ob der Mann unschuldig daran oder treulos war; beides war möglich. Welch' ein Schuß mußte er sein, wenn er den Schlag vorbereitet hatte! Was konnte noch geschehen? Welche Qualen, welche Gefahren standen ihr noch bevor.

Sie mußte es nicht; alles konnte sich ja noch ordnen. Man würde mit Susanne eine sechsmonatige Reise antreten, und die Sache war todt. Aber wie konnte sie ihn dann noch wiedersehen? denn sie liebte ihn noch immer. Wie ein Widerhaken saß diese Leidenschaft in ihr fest, den sie nicht herauszureißen vermochte.

Ohne ihn zu leben war unmöglich. Lieber sterben!

Immer ängstlicher, immer unsicherer wurden ihre Gedanken. Der Kopf begann ihr weh zu thun, das Denken fiel ihr schwer und machte ihr Pein, ihre Vorstellungen verwirrten sich. In der Erwägung aller Möglichkeiten wurde sie schwach und aufgereg, weil sie nichts wußte. Sie sah nach der Uhr, es war Eins vorüber.

„So kann ich nicht bleiben,“ sprach sie zu sich selber, „sonst werde ich noch verrückt. Ich muß es wissen. Ich will Susanne wecken, um sie darüber zu fragen.“

Und ein Licht in der Hand schlich sie auf Strümpfen, um kein Geräusch zu machen, nach dem Zimmer ihrer Tochter. Sie öffnete leise die Thür, trat ein und blickte nach dem Bett hin. Es war nicht aufgeschlagen. Sie begriff zunächst nicht, weshalb und dachte, daß das Mädchen noch mit seinem Vater spräche. Aber alsbald erhob sich ein schrecklicher Verdacht in ihr, und sie eilte zu ihrem Manne. Bleich und zitternd stürzte sie hinein. Er lag schon im Bette und las noch.

„Nun? Was giebt's denn? Was hast Du denn?“ fragte er verwundert.

„Hast Du Susanne gesehen?“ stotterte sie.

„Ja? Nein! Weshalb?“

„Sie... sie... sie ist fort... sie... sie ist... nicht... nicht in ihrem Zimmer.“

Er sprang mit einem Satz auf den Teppich, fuhr in seine Pantoffeln und ohne Unterhose mit flatterndem Hemde stürzte er in das Zimmer seiner Tochter.

Sobald er sich davon überzeugt hatte, war er nicht mehr zweifelhaft. Sie war gestorben. Er fiel in einen Sessel und stellte seine Lampe vor sich auf die Erde. Seine Frau trat zu ihm. „Nun?“ stammelte sie.



Sie haben viel Geld in dem Panama-Geschäft verloren, zwölftausend Millionen, und ihr ganzes Denken ist darauf gerichtet, ihr Geld wiederzubekommen. Die Freibeuter der Finanz wissen, daß die ganze Ehrbarkeit der Bürger in ihren Taschen steckt, und reden davon, die Panama-Sache wieder in Fluß zu bringen und ihnen so wieder zu ihrem Gelde zu verhelfen. Der boulangistische Abgeordnete Argelès hat bei der Regierung beantragt, in diplomatische Verhandlung mit der Republik Columbia zu treten, um eine Verlängerung der Frist zur Uebergabe des Kanals zu erwirken. Der Minister Ribot hat sich bereit, diesem Wunsche nachzukommen. Der Boulangist Thiebaud, der zeitweise der Rathgeber und Kernal des Generals war, thut, als wenn vier Leisep in ihm stecken und beweist, daß nur noch ein paar Lumpige Millionen erforderlich sind, um den zu drei Vierteln fertigen Kanal, der in seinem ausgegrabenen Theil die größten transatlantischen Schiffe aufnehmen könne, zu vollenden. Alle Pariser Zeitungen haben sich bereit, die erbauliche Mittheilung Thiebauds wiederzugeben. Der Panama-Scandal könnte so dazu dienen, einen neuen Schwund in die Welt zu setzen. Die Wiederaufnahme der Kammerzungen läßt neue Uebertragungen erwarten.

## Die amerikanische Wahl und ihre Folgen.

New-York, 18. Dezember.

Das große, nach je vier Jahren sich wiederholende Schauspiel einer Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten ist für diesmal wieder vorüber. Fünf Parteien standen einander mit ihren Kandidaten gegenüber, wobei jedoch, soweit es sich um Wahlausichten handelte, nur die Kandidaten der republikanischen und der demokratischen Partei, Harrison und Cleveland, in Betracht kamen. General Weaver, der Kandidat der sogenannten „Volkspartei“, d. h. der Partei der westlichen Kleinbauern und der Silberbarone des Felsengebirges und der Sierra Nevada, kam erst in zweiter Linie in Frage und zwar deshalb, weil er Aussicht hatte, eine genügende Anzahl von Präsidentschafts-Elektoralstimmen auf sich zu vereinigen, um dadurch die Wahl eines der Haupt-Kandidaten zu verhindern, in welchem Fall der Kongreß dieselbe vorzunehmen hätte die Volkspartei einen bedeutenden Einfluß zu gewinnen Aussicht hatte. Die beiden übrigen Parteien, die Prohibitionisten — d. h. die Partei, welche alle Schäden der Gesellschaft durch das gänzliche Verbot geistiger Getränke zu heilen hofft — und die Sozialisten, kamen nur als Propaganda-Parteien in Betracht, letztere auch als solche nur in einigen Oststaaten, nämlich New-York, New-Jersey, Massachusetts, Connecticut, Pennsylvania und Maryland. Eine bedeutendere Stimmenzahl war nur in New-York zu erwarten. Bekanntlich erhielt der Kandidat der sogenannten demokratischen Partei die große Mehrheit der Elektoral-Stimmen und ist somit der erwählte nächste Präsident. Auch das Repräsentantenhaus des Kongresses wird mit großer Mehrheit demokratisch, und im Senat, dem aus Vertretern der Staaten zusammengesetzten Oberhause des Kongresses, wird die demokratische Partei wahrscheinlich, genau die Hälfte der Mitglieder haben, während Republikaner und Volksparteiler sich in die andere Hälfte, natürlich sehr ungleich, theilen. Die Hoffnung der letzteren auf eine entscheidende Stimme entweder bei der Präsidentenwahl oder in den beiden Häusern des nächsten Kongresses, wäre damit vereitelt und insolge dessen ist diese unklare, nur durch einen großen Augenblickserfolg am Leben zu haltende Partei zu hoffnungslosem Niedergang und baldigen Lode verurtheilt.

Die Namen der beiden Hauptparteien lassen natürlich in keiner Weise auf die von denselben beherrschten Bevölkerungsschichten schließen. Die republikanische Partei darf nicht mit den ideologischen Republikanern der romanischen Länder Europas, Frankreich natürlich ausgenommen, verwechselt werden. Sie ist die Fortsetzung der Antislaverei-Partei des Bürgerkrieges, trägt ihren Namen nur, weil sie zu jener Zeit bereits sich diesen Namen in Ermangelung eines weniger verschwommenen beigelegt hatte, besteht aus den reich mit Pensionen bedachten damaligen Bundesoffizieren und deren Anhang, den Farmern des Nordens, soweit sich dieselben nicht der „Volkspartei“ angeschlossen, der Mehrheit der protestantischen Geistlichkeit, dem zahlreichen Anhang der Bundes-Beamten und, als einflußreichsten und leitendes Element, den Großindustriellen des Nordens. Der Kandidat, der gegenwärtige Präsident Harrison, ist eine harmlose Natur. Seine Haupttugend ist, wie es scheint, seine Ehrlichkeit, was bei hiesigen Politikern allerdings, nach den Erfahrungen der letzten Generation, schon etwas sagen will. Er wird nominirt, weil man seinen ihm bedeutend überlegenen Rivalen Blaine, Mc. Kinley u. nicht traute. Ersterer, ein geriebener Demagoge und kühner, abenteuerlicher Politiker, wurde der „konservativen“, zahlungsfähigen Behändigkeit gefährlich. Er hätte vielleicht einen Theil ihrer Interessen seinen eignen Plänen

geopfert, was die republikanische Bourgeoisie natürlich nicht zugeben wollte. Mc. Kinley war ein zu prononcirtes Schutzgölner, in Wahrheit der verkörperte Schutzgölner. Eine derart aus Erz gegossene Gestalt durfte man in einer Kampagne, in welcher es ihm hinfällig auf die Entwicklung der Dinge besser schien, die Schutzgölner zu verschleiern und weniger scharf zu prononciren, nicht in den Vordergrund drängen, überhaupt halte ja der Vöhr seine Schuldigkeit gethan und durfte gehen. Der harmlose Harrison, bereits einmal im Präsidentenstuhl, schien der bei weitem annehmbarste Kandidat von allen.

Was von Harrison gesagt werden kann, gilt auch von dem demokratischen Kandidaten Cleveland. Auch er hat den Ruf eines Liebermanns und eines Unbedeutenden, das heißt „konservativen“ Politikers, einer Puppe in den Händen seiner Parteigrößen. Die Partei selber trägt den Namen der demokratischen, welcher für dieselbe paßt wie die Faust aufs Auge. Die Partei trug bekanntlich diesen Titel bereits, als sie noch die Partei der Sklavenbarone sans phrase war und führt ihn noch heute als Partei der Söhne jener Sklavenbarone, wie der Großhändler der Hafenstädte, des größten Theils der katholischen Geistlichkeit und der latinitarischen Politiker einiger Großstädte, besonders New-Yorks und Brooklyns, welche das Kleinbürgertum, das noch unentwickelte Proletariat und besonders das Lumpenproletariat zum Gefolge haben.

Die „Volkspartei“ ist, wie bereits gesagt, die Partei der westlichen Farmer und Silberbarone. Ein Theil des bereits in Gährung, aber noch nicht in Klärung begriffenen westlichen Proletariats schloß sich derselben an. In den östlichen Staaten bestand dieselbe nur nominell. Auch in den Südstaaten hatte sie wenig praktische Bedeutung. Der westliche Kleinbauer, durch hohe Hypothekenzinsen und die Konkurrenz der mit den besten Maschinen produzierenden Riesfarmen gedrückt und zur Verzweiflung getrieben, hofft seine Existenz durch Regierungsmahregeln zu retten. Durch Regierungskontrolle über die Eisenbahnen gedenkt er niedere Frachtraten, durch Regierungsvorschläge auf Getreide, welches in Regierungsspeichern niedergelegt werden soll, billige Finsen (zwei Prozent) zu erlangen. Um viel, viel Geld in die Hände zu bekommen, schwärmt er, wie früher für unbeschränkte Papiergeld-Ausgabe, jetzt für unbeschränkte Silberprägung, und ist deshalb ganz nach dem Herzen der jetzt mit Hochdruck produzierenden Silberbarone, welche, nachdem sie mit ihren Forderungen von beiden Hauptparteien mit gelindem Hohn abgewiesen wurden, sich aus Mergel mit der „Volkspartei“ identifizierten, um durch diese den anderen Parteien einen Schreden einzujagen und auf diese Weise vielleicht doch noch ihr Produkt ihwerer an den Mann, d. h. in erster Linie an die Bundesregierung, zu bringen. Die Volkspartei hat jedenfalls den Republikanern in vielen Staaten zahlreiche Stimmen entzogen, hat ihnen die Elektoralstimmen von einem halben Duzend der neueren Staaten abwendig gemacht und deshalb ein gutes Theil zu deren Niederlage beigetragen, so sagen, daß sie dieselbe allein verursacht, wäre jedoch stark übertrieben. Die Ursachen der Niederlage waren zahlreich und zum Theil lokaler Natur. Einige derselben mögen hier angeführt sein. Der Hauptgrund war wahrscheinlich die Zollfrage.

Vor vier Jahren war die demokratische Parteiemachinerie ganz in den Händen der soeben von den Republikanern abgepaltenen New-Yorker Großhändler, Cleveland war der Kandidat dieser Leute. Er war der Freihandels-Apostel par Excellence und verdrängte dabei mit den latinitarischen Politikern seiner eigenen Partei, welche geringer lokaler Vortheile wegen Cleveland und seine großkapitalistischen Anhänger im Stich ließen. Auch wurde es den Republikanern leicht, die Unaufrichtigkeit der Freihändler, welche ihre Universalmittel als den Schlüssel zum Thor eines Arbeiterparadieses anpriesen, nachzuweisen. Für gewisse neuere Industrien würde plötzliche Aufhebung des Schutzzollens wirklich den Ruin bedeuten haben, und ein großer Theil des unentwickelten Proletariats wandte sich insolge dessen von den Demokraten ab und den Republikanern zu. Cleveland wurde geschlagen.

In diesem Jahre setzte zwar die demokratische Partei wieder den Freihandel auf ihr Programm, der Präsidentschaftskandidat Cleveland jedoch erklärte sich in seinem Annahmeschreiben nur für Reduzirung der Zölle und Beibehaltung der Schutzzölle in gewissen Fällen. Die Arbeitermasse war während der vier Jahre republikanischer Wirthschaft von ihrer Schutzgöl-Begeisterung zurückgekommen. Die großen Arbeiterkämpfe im Laufe des letzten Sommers hatten ihr gezeigt, was es mit den Segnungen des Schutzzolls auf sich hatte.

Ein anderer Grund, welcher für den Ausgang im Staat New-York vielleicht entscheidend wirkte, war die Ausföhrung des Präsidentschaftskandidaten Cleveland mit den Führern der latinitarischen Politiker, besonders mit seinem Hauptrivalen um die Präsidentschaftsnominierung der demokratischen Partei, dem schlaun und bei der großen Masse beliebten, bei den wohlhabenden Klassen aber gerade deshalb als Demagoge bitter gehaßten Bundes Senator Hill, welcher offen für seinen glücklicheren Rivalen austrat, statt, wie die Republikaner erwarteten, ihn heimlich zu untergraben. Das Fallenlassen oder mindereffens starke Herabdrücken der Phrase vom Freihandel und wahrscheinlich

Versprechung von großem Einfluß beim Besetzen von Aemtern war der Preis dieser neuen Freundschaft.

Anderes Lokal-Ursachen lagen in anderen Staaten vor, zu zahlreich, um hier angeführt zu werden. In denjenigen Staaten, in denen die „Volkspartei“ die Mehrheit erhielt, geschah dies durch Kompromisse mit je einer der großen, im betreffenden Staat natürlich schwächeren Parteien, welche für die Elektoren der Volkspartei stimmte, um so zu verhindern, daß der Gegenpartei die Elektoralstimmen dieser Staaten zufielen. Am meisten profitierten auf diese Weise die Demokraten.

Das sozialistische Votum der Oststaaten war nicht bedeutend, wenn auch stärker als in früheren Jahren. Eine bemerkenswerthe Zunahme ist im Staate New-York zu verzeichnen, nämlich etwa 25 Prozent seit der vorjährigen Wahl, doch beträgt die Stimmenzahl dort immerhin erst etwa 18 000, d. h. etwa 1/4 Prozent aller in diesem Staat diesmal abgegebenen Stimmen. In anderen Staaten war stets, und auch in diesem Jahre, der Prozentsatz des sozialistischen Votums noch bedeutend geringer.

Insofern nun die Folgen der Wahl in Betracht kommen, so gehören dieselben natürlich noch ganz der Zukunft an. Nur einige Haupt-Ausblicke lassen sich vielleicht schon heute mit einiger Sicherheit geben.

Die erste Folge derselben wird, wie es scheint, die hoffnungslose Zerrüttung der Bauern-Organisation und ihrer Partei, der Volkspartei, sein. Um die Silberproduzenten, welche in gewissen westlichen Staaten überwiegenden Einfluß auf die ökonomischen und damit auf die politischen Zustände haben, von den Bauern zu trennen und zugleich einen Theil der letzteren zufrieden zu stellen, werden beide große Parteien mit einander wetteifern, diesen Elementen durch eine Vermehrung der Silberprägung einen Broden hinzuwerfen, den diese begierig aufspeichern werden. Die Söhne der südlichen Sklavenbarone, welche mit den nördlichen Farmern zusammen die „Farmers Alliance“, eine ökonomische Organisation bildeten, haben sich der Volkspartei in Masse überhaupt nicht angeschlossen, da sie in der demokratischen Partei der betreffenden Staaten fast unumgänglich herrschen und deshalb keinen Grund sahen, eine sichere Gegenwart einer vagen Zukunft zu opfern. Bei der nächsten Konferenz dieser Alliance in Memphis, Tennessee, kam es hierüber zu einem grauenhaften Scandal, dessen Folge der Austritt eines Theils der Südländer aus der Alliance war. Welche Dimensionen dieser Austritt haben wird, kann heute noch nicht berechnet werden.

Eine Reduktion der Schutzzölle wird im Allgemeinen folgen, doch scheint eine solche nur sehr langsam und mit Bedacht“ betrachtet werden zu sollen und vorläufig wird das neue Regiment darin noch nicht einmal so weit gehen wollen, wie die frühere Cleveland'sche Regierung, welche in der sogenannten Willshill die erniedrigten Zollsätze schuf, die später von den Republikanern unter der Harrison'schen Administration durch die Hochzölle der Mc. Kinley-Bill ersetzt wurden. Der innere Zwiespalt der demokratischen Partei zeigt sich in dieser Zimperlichkeit deutlich und erklärt dieselbe vollkommen.

Das Großhändler-Element drängt auf schnelle Beseitigung der Schutzzölle. Aber dasselbe herrscht nicht unumschränkt in der demokratischen Partei. Dieselbe ist vielmehr aus durch die langjährige Herrschaft der Republikaner in die Opposition gedrangten Elementen verschiedenster Art zusammengesetzt, welche nur durch die demagogischen Lokalpolitiker einigermaßen zusammengehalten werden. Diese Politiker haben jedoch kein Interesse daran, ihre Lokalmacht und die neu gewonnene Herrschaft in der Zentralregierung auf eine Karte, diejenige des Freihandels, zu setzen. Der neu erwählte Präsident wird am 4. März nächsten Jahres insallirt. Die Freihandels-Interessenten fordern von ihm sofortige Einberufung einer Extra-Sitzung des Kongresses zum Zweck der Revision des Zolltarifs. Die Politiker fürchten jedoch hierdurch die Gefährdung ihrer Chancen bei den nächsten jährigen Staats- und sonstigen Volksmahlen und opponiren diesem Plan mit aller ihnen zu Gebote stehenden Energie. Sie wollen den Zollkampf bis zum regulären Zusammentritt des Kongresses im Dezember nächsten Jahres, also nach den nächsten Wahlen, und womöglich noch länger hinauschieben und dann, damit es nicht so weit thut, dem Hunde „amerikanische Finanzpolitik“ den Schutzgöl-Schwanz in so kleinen Theilen wie möglich abhacken. Ein Theil von ihnen schwärmt sogar, um die Arbeiter in Masse zu ködern, für Einschränkung oder gar gänzliches Verbot der Einwanderung.

Ueberraupt scheint eine solche unsinnige Maßregel in den letzten Jahren in gewissen Schichten der Arbeiterklasse, auch bei Eingewanderten, an Popularität zu gewinnen. Die industrielle Refere-Armee der Großstädte besteht naturgemäß zum größten Theil aus Ausländern, hauptsächlich solchen, welche erst kurze Zeit im Lande sind. Häufig, wie z. B. in der Eisenindustrie, werden qualifizierte inländische Arbeiter durch Einführung neuer verbesserter Maschinen durch eingewanderte Tagelöhner, Italiener, Slowaken u. s. w., verdrängt. In der Schneider-Industrie und anderen Industrien findet dasselbe durch russische Israeliten statt. Kein Wunder, daß die in ökonomische Dinge nicht eingeweihte Arbeitermasse statt der Entwicklung der Produktions-Verhältnisse diese Ausländer für ihre Niederlagen im Lohnkampf und den Niedergang ihrer Lebenshaltung verantwortlich macht.

Die geschlagene republikanische Partei hat sich denn auch diese Stimmung bereits zu Nuzze gemacht und geht ernstlich daran, um die Arbeitermassen von neuem zu ködern, den Ausschluß aller einwandernden Arbeiter, vorläufig versuchsweise für eine bestimmte längere Zeit — vielleicht auf ein Jahr — zur Wahrheit und die Vereinigten Staaten zu einer Art China zu machen. Bereits die Cholera-Epidemie in Hamburg und anderen Hafenstädten gab den Anlaß zur Einschränkung der Einwanderung von Zwischen-Deck-Passagieren und wird vielleicht, sollte dieselbe im nächsten Frühjahr nicht völlig aus Europa verschwunden sein, noch ferner als Vorwand für Zurückweisung von einwandernden Arbeitern dienen. Aber bereits jetzt sprechen republikanische Organe allen Ernstes von einem Verbot der Einwanderung für die Dauer eines Jahres, nicht aus sanitären, sondern ökonomischen und wohl auch — moralischen Gründen, da diese Erben puritanischer Beschränktheit und Kopfhängerei im Eingewanderten die Verdröpfung alles dessen sehen, was sie als „Laster“ zu bezeichnen liebten. Auch ist ihnen die Unkenntniß der englischen Sprache ein Zeichen von „Unwissenheit“.

Daß es jedoch nicht diese nativistische Richtung allein ist, welche die verwerfeste Maßregel des Einwanderungsverbotes befürwortet, sondern daß der Gedanke derselben bereits tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse geschlagen hat, beweist ein Beschluß der Generalversammlung des großen Ordens der Arbeiterbrüder, welcher von dem ersten Beamten dieser immerhin noch über 200 000 Mitglieder zählenden Organisation, dem Irlander Bowdler, empfohlen und von der Versammlung, zum großen Theil ebenfalls aus Ausländern bestehend, angenommen wurde, und welcher ebenfalls das Verbot der Einwanderung verlangt.

Im übrigen sind weder große ökonomische noch politische Aenderungen von der neuen Administration zu erwarten, eher wäre noch ein letzter demagogischer Versuch der bis zum 4. März kommenden Jahres noch gegenwärtig herrschenden Partei, einen Theil der verlorenen Volksmasse wieder für sich zu gewinnen, von dem ein Verbot der Einwanderung der Hauptpunkt sein könnte, möglich.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. Januar.

Seltene Purzelbäume schlägt die offiziöse Presse, um die Militärvorlage zu verteidigen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt einen langen Beirartikel, in welchem sie aus einer Schrift des Reichsanwalts Rettig

Er hatte keine Kraft mehr, ihr zu antworten, auch keinen Zorn mehr. Er seufzte nur.

Es ist geschehen. Er hat sie. Wir sind verloren.“

Sie verstand nicht. „Wie, verloren?“

„Ja, ja! Jetzt muß er sie schon heirathen.“

Sie stieß eine Art thierischen Schrei aus: „Er! Nie! Bist Du verrückt?“

„Das Schreien nützt nichts“, versetzte er traurig. „Er hat sie entführt und entehrt. Nun bleibt nichts mehr weiter übrig, als sie ihm zur Frau zu geben. Wenn er sie bald nimmt, bleibt diese Geschichte wenigstens verborgen!“

„Nie! Nie soll er Susanne haben! Nie werd' ich es dulden!“ schrie sie in schrecklicher Erregung.

Aber er hat sie ja“, murmelte Walter besänftigend.

Es ist nun mal geschehen. Und er behält sie und versteckt sie so lange, bis wir nachgegeben haben. Wenn wir also Skandal verhüten wollen, müssen wir sie ihm gleich geben.“

Von unaussprechlichem Schmerz zerrissen rief seine Frau nur immer:

„Nein! Nein! Nie geb ich es zu!“

Nun wurde er ungeduldig. „Es läßt sich gar nicht mehr weiter darüber reden“, sagte er. „Es muß eben sein.“

„Ach! dieser Schuft! Wie hat er uns an der Nase herumgeführt. Aber doch ein tüchtiger Mensch! Wir hätten ja viel bessere finden können, was die Stellung, aber keinen besseren, was Verstand und Aussichten betrifft. Der Mensch hat eine Zukunft. Er wird Abgeordneter und Minister werden.“

Frau Walter aber tief noch immer mit milder Energie: „Nie laß ich ihn Susanne heirathen. Hörst Du: Nie!“

Nun wurde er böse und nahm als praktischer Mann für Bel-Ami Partei.

„So schweig doch. Ich sag Dir ja, es muß sein, es muß durchaus sein. Und wer weiß? Vielleicht bedauern wir es gar nicht. Bei Menschen seiner Art weiß man niemals, wie weit sie es noch bringen können. Du hast ja selber gesehen, wie er durch drei Artikel den Schwachkopf Paroche-Mathien gestürzt und mit welcher Würde er es getan hat, was in seiner Lage als Gatte außerordentlich schwierig war. Wir werden ja schließlich sehen. Jeden-

falls sind wir jetzt in seiner Hand. Wir können uns nicht mehr herausziehen.“

Sie hatte Lust zu schreien, sich auf der Erde zu wälzen, sich die Haare auszuraufen. Noch immer rief sie mit aufgebracht Stimme:

„Er soll sie nicht haben. Ich ... will ... nicht!“

Walter erhob sich, ergriff die Lampe und sagte: „Du bist ebenso dumm, wie alle Weiber. Immer handelt ihr bloß aus Leidenschaft. Niemals wißt Ihr Euch in die Umstände zu schiden ... Ihr seid eben dumm! Ich sage Dir, er wird sie heirathen! ... Es muß sein!“

Und er schleppte auf seinen Pantoffeln fort. Wie ein komisches Gespenst durchschritt er in seinem Nachhemde den breiten Korridor des schlafenden Palastes und verschwand geräuschlos in sein Zimmer.

Frau Walter stand von unerträglichem Schmerz zerrissen da. Uebrigens hatte sie noch immer kein volles Verständniß für die Vorgänge. Sie litt nur. Dan kam es ihr so vor, als könne sie nicht bis zum Morgengrauen hier unbeweglich stehen bleiben. Sie fühlte ein heftiges Verlangen, sich zu retten, sich selbst zu entriemen, fortzulaufen, Hilfe zu suchen, unterstützt zu werden.

Sie suchte nach Einem, der sie wieder zu sich selbst bringen könnte. Jemand ein Mensch! Sie hatte Niemanden. Ein Priester! Ja, ein Priester! Sie wollte sich ihm zu Füßen werfen, ihm alles gestehen, ihm ihre Sünde und ihre Verzweiflung beichten. Er müßte ja dann einsehen, daß dieser Glende nie Susanne heirathen dürfe und würde ihn daran hindern.

Sie brauchte einen Priester, sofort einen Priester! Aber wo ihn finden? Wohin gehen? Hier zu bleiben konnte sie doch nicht.

Da trat wie eine Vision das erhabene Bild des Heilands auf dem Meere vor ihre Augen. Sie sah ihn, wie sie ihn auf dem Wilde sah. Er rief sie wohl. „Komm zu mir!“ sagte er. „Knie nieder zu meinen Füßen. Ich will Dich trösten und Dir sagen, was Du thun sollst.“

(Fortsetzung folgt.)



In Saarbrücken Verlag von Gustav Schaade, St. Johann a. d. Saar. Die Bildung des Privat-Landeigentums in Deutschland und das sozialistische Schlagwort „Eigentum ist Diebstahl“ beweisen will, daß das Gemeineigentum die ursprüngliche Grundlage des Grundbesitzes in Deutschland ist, und daß aus diesem heraus sich das Privat-Landeigentum gebildet habe. „Das Privat-Landeigentum in Deutschland ist erarbeitet, nicht erstohlen.“ Es ist die wohlverdiente Frucht treuer Arbeit am Grund und Boden.“ Mit dieser schwindelhaften Beweisführung ist dem offiziellen Blatt dann auch der Segen des Privateigentums eine feisliche Thatsache, und um diesen Segen zu erhalten, ist die Annahme der Militärvorlage geboten. —

Dem künftigen Reichstags-Wahlen in nächster Zukunft zu gut? Diese Frage erörtert die „Nationalliberale Korrespondenz“, indem sie jämmerlich die Regierung anlehnt, die Möglichkeit eines Kompromißens zu gewahren. Die Neuwahlen würden unter der größten Unthätigkeit, vielleicht sogar Zurückhaltung der „besten“ Kräfte der Nation stattfinden. Sie würden nur die „allerkühnsten und gewissenlosesten“ Elemente, die Sozialdemokraten, die Antisemiten, die demagogischen Richtungen bei den Ultramontanen und Konfessionellen, die radikalsten Demokraten stärken. Mit einem solchen Reichstag ist die Prece-reform erst recht nicht zu stande zu bringen, es wird überhaupt keine Möglichkeit sein, eine vernünftige Politik zu führen.“ Eine „vernünftige“ Politik ist eben für die nationalliberalen „besten“ Kräfte nur eine solche der gefinnungslosesten Lumperei unter hoher Protektion. —

Ueber die Finanzlage in Preussen bringt das Leitblatt des Fürsten Bismarck, die „Hamburger Nachrichten“, folgende Notiz:

„Dem Vernehmen nach wird das laufende Etatsjahr in Preussen mit einem noch größeren Fehlbetrag abschließen, als der Etat von 91,92 (40 Millionen Mark) und der nächstjährige Etat wird nur unter Zuhilfenahme einer Anleihe von nicht allzu niedrigem Betrage balancieren können.“

Trotzdem diese Nachricht von Bismarck stammt, entspricht sie nur zu sehr der Wahrheit. —

Der Arbeiter-Nothstand macht der Bourgeoisie wenig Kopfschmerzen, während er nur, wenn man sie mit der Nase auf denselben stößt. Das zeigte sich in diesen Tagen wieder in der Stadtverordneten-Versammlung in Magdeburg, deren Verhalten in der Nothstandsfrage den Gegenstand der Tagesordnung einer Volksversammlung bildete. Unser alter Genosse, der Stadtverordnete Bremer, berichtete über dieselbe. Wir geben die sehr beachtenswerten Ausführungen des im fünfzigjährigen Kampfe für das Menschenrecht ergrauten Genossen nach der „Magdeburger Volksstimme“ wieder. Bremer führte etwa Folgendes aus:

„Ich bedauere zunächst, daß die „Magdeburger Zeitung“, die die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters und des Stadtschreibers ziemlich genau gebracht, meine Erörterungen unterdrückt hat. Dies zwingt mich zu einer Widergabe meiner Entgegnung. Auf die Ausführung, daß es kein Recht auf Arbeit gebe, sagte ich, daß doch Herr Bismarck in einer Debatte es klar ausgesprochen habe, ein Recht auf Arbeit sei im preussischen Landrecht niedergelegt. Aber abgesehen davon, wenn auch ein solches Gesetz gar nicht existierte, so ist es ein Gebot der Sittlichkeit und der Menschlichkeit, ein Gebot der höheren Moral, den Schwachen und Entsetzten beizustehen. Allerdings ist dies eine sozialistische Ethik (Sittlichkeit), welche jeden Menschen als Glied der Gesellschaft ansieht, und da jeder Mensch bei seinem Eintritt ins Leben Pflichten übernehmen muß: mit Gut und Blut muß er für Staat und Gesellschaft eintreten, so ist es doch so klar und so logisch, daß er — unverschuldet in Noth gerathen — ein Recht hat, von der Gesellschaft Arbeit zu einem angemessenen Lohne zu fordern. Der Lohn im Betrage von 1,40 ist ganz ungenügend, damit kann der Arbeiter seine Ausgabe an Kraft nicht decken, und dazu kommt noch die Ernährung der Familie. Der Arbeiter ist an seiner Noth unschuldig, denn die Arbeitslosigkeit ist doch nur eine Folge der regellosen, jeder Uebersicht ermangelnden Produktionsweise. Das Gesetz schützt schon das krumme Leben, und doch spricht es dem Armen das Recht auf Arbeit, also auch auf Existenz und Leben ab. Ist das nicht ein klassender Widerspruch? Meine Herren! Wenn Sie, statt auf das höhere Recht, welches in unserer Brust wohnt, zu achten, wenn Sie denjenigen, die ihre Pflichten gegen die Gesellschaft erfüllen, das Recht auf Existenz und Leben abschneiden, wenn Sie sich, um der Pflicht der höheren Sittlichkeit zu entgehen, hinter den todtten Buchstaben eines alten Gesetzes verbergen, um nur den Schwachen und Entsetzten in menschlicher, ja christlicher Weise nicht helfen zu müssen, so ist dies eine Bankrott-Erklärung der heutigen Gesellschaft. — Ein Sturm, sagt Bremer weiter, ging nach diesen Ausführungen durch den Sitzungssaal, man glaubte, in einer der aufgeregtesten Volksversammlungen zu sein. „Sozialdemokratischer Heiser, Aufwiegler, Rohheiten!“ bogelte es von allen Seiten. Die Herren Jämsch und Brüggenmann thaten sich besonders hervor. Es kam mir vor, als wäre ich unter Krühen gerathen; alles hauchte auf mich ein. Die mir entgegengesetzten Ausdrücke verletzten mich tief. Ich legte Johann Protze dagegen ein, daß in so ernste Fragen, die das Wohl und Wehe unserer Stadt betreffen, die Politik hineingetragen würde. Wir müßten uns nicht von den Großen der Arbeiter. Diejenigen, die im Dienste der Partei stehen, erhalten wohl ihren Lohn, der indes sehr lässlich bemessen ist. Wenn uns die Stadtverordneten noch Gerechtigkeit widerfahren lassen wollten, so müßten sie zugeben, daß es das große Verdienst der Sozialdemokratie ist, wenn die Arbeiter so viel Selbstbewußtsein, so viel Menschenwürde besitzen, nicht Bettelstuppen, sondern Arbeit zu fordern. Dort, wo Nothheiten sind, da fehlt die Sozialdemokratie, wo Leidenschaften toben, dort sind andere Kräfte vertreten. Das ist das Resultat der Erziehung des Proletariats durch die Sozialdemokratie!“

Daß Genosse Bremer die Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung wahrheitsgetreu wiedergegeben, bestätigte nicht nur der Genosse und gleichfalls Stadtverordnete Kleeß, sondern auch der freisinnige Stadtverordnete Kossbach, welcher die Stadtverordneten-Versammlung nur damit zu entschuldigen suchte, daß er meinte, sie hätte unter dem Eindruck der Boykottirungen gestanden.

Die Volksversammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche dem Verhalten des Genossen Bremer ihre Billigung aussprach und das Verfahren des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung entschieden mißbilligte. —

Vetoreffs des Ausfuhrs geistiger Getränke und den Branntwein-Verkauf im Kleinhandel durch Konsumvereine hat der Minister des Innern, wie der „Reichs-Anzeiger“ mittheilt, ein Dekret an die künftigen Regierungspräsidenten gerichtet, in welchem diese aufgefordert werden, zu untersuchen, ob es sich bei den betreffenden

Konsumvereinen nicht nur um eine zum Schein vorgeschobene Vereinsbildung handelt, um die Bestimmungen des Gesetzes über das Schankgewerbe zu umgehen. —

Offiziös wird über die Welfensfonds-Quittungen geschrieben:

„Wir wissen nicht, wie die leitenden Kreise darüber denken, glauben aber, daß es schwer für sie wäre, eine befriedigende Erklärung, die doch zugleich positive Aufschlüsse enthalten müßte, zu geben. Es fragt sich, ob sie in der Lage sind, genau zu wissen, an welche Personen und zu welchen Zwecken Gelder aus dem Fonds hergegeben wurden und wie die einzelnen Fälle beschaffen waren. Rechnung über die Verwendung war nur an der allerhöchsten Stelle zu legen und Quittungen sind nicht vorhanden. Es wäre immerhin denkbar, daß einzelne Angaben des „Vorwärts“ irgend welchen tatsächlichen Hintergrund haben. In der Fassung, in der sie vorliegen, und die ihnen mehr den Charakter von Verdächtigungen als von Thatsachen giebt, ist jedes positive Dementi erschwert.“

„Blos „einzelne Angaben“ richtig? Nur nicht so unschuldig thun. Die Herren Quittungs-Aussteller werden diese offiziöse Erklärung aber sicher nicht befriedigend finden. —

Das „Ahlwardt-Organ“ benutzte auch die Welfensfonds-Schande, um für sich und seinen Heiligen Kellam zu machen. Das sei dem besagten Organ erlaubt, denn wir das Geschäft nicht verderben wollen. Wenn es aber sagt, sein Heiliger sei manhaft mit seiner Person für seine Anschuldigungen eingestanden, der „Vorwärts“ aber habe nicht den Muth, den Welfensfonds-Stipendiaten durch Nennung ihres Namens zu Leibe zu gehen, so ist das eine Unverschämtheit und zu gleicher Zeit eine der frechen Lügen, von denen das besagte Blatt sammt seinen Geschäftsfreunden lebt. Wir wollen hier nicht untersuchen, inwieweit das „Ahlwardt-Organ“ Grund hat, die Brandmarlung der Welfensfonds-Quittungsleute zu scheuen, das aber wollen wir ihm sagen; zwischen dem „Vorwärts“ und dem „Ahlwardt“ ist ein wesentlicher Unterschied — vom „Vorwärts“ weiß jedermann, daß er in Sachen des Welfensfonds die Wahrheit gesagt, und vom „Ahlwardt“, daß er in Sachen der Judenlügen gelogen hat. —

Die Konservativen unter sich. Das Schreckenskind Ulrich aus Chemnitz treibt es sogar den sächsischen Blümchen-Rittern zu arg. Seine gassenläufigen Schimpfereien auf Herrn von Helldorf haben den Horn des „Freieschens Vaterland“ erregt, das den gefährlichen Kampfanführer von seinen Hochschöhen schüttelt. Es wartete damit freilich ein paar Tage — bis Bescheid von Dresden gekommen war, denn etwas zu thun, was der Regierung mißfällt, oder auch nur nicht gefällt, das geht wider die Natur eines sächsischen Blümchen-Ritters. —

Russische Finanzen sind bekanntlich Nicht-Finanzen, und wenn man von ihnen spricht, dann spricht man von Defizit, Schulden und nahendem Bankrott. Das nächstjährige Budget — d. h. das Budget für das Jahr 1893, welches nach dem in Rußland noch gültigen julianischen Kalender 12 Tage später beginnt, als bei uns — soll „außerordentliche Ausgaben“ im Betrage von 81 Millionen Rubel enthalten. Unter „außerordentlichen Ausgaben“ versteht man in Rußland Defizit. Da aber auch die „ordentlichen“ Ausgaben zum großen Theil auf Pump erfolgen, so wird durch obige Ziffer nur ein kleiner Theil des Defizits ausgedrückt. Wie soll nun das Defizit gedeckt werden? Mehr Steuern bringt das verarmte, an den Folgen von zwei Missernten noch schwer leidende Volk nicht auf. Das Ausland borgt nicht mehr. Was ist da zu thun? Jedenfalls ist der russische Finanzminister kein beneidenswerther Mann. Apropos, warum klopft er nicht einmal in Friedrichsruh an. Die Matentente ist zwar nicht mehr mit Bündstoff, aber mit Gold gefüllt; und sie war ja allezeit „russischer als russisch“. —

Wie die Bourgeoisie das Gesetz achtet. In Frankreich wurde voriges Jahr ein Gesetz erlassen, das mit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat. Um das Gesetz zu umgehen, oder richtiger, um es den Arbeitern zu verleißen, haben nun viele Fabrikanten die Arbeitsstunden so vertheilt, daß den Arbeitern weniger freie Zeit bleibt, als sie vorher hatten. Die Arbeiter lassen sich das natürlich nicht gefallen, und an verschiedenen Orten, z. B. in den Seidenfabriken von Aubenas, wo die Arbeit mit den Pausen von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends dauert — also auf 14 Stunden vertheilt wurde —, ist es zu Streiks gekommen. Die Sache wird vor die Kammer gebracht werden. Im „Kapital“ von Karl Marx werden die Leser finden, daß die englischen Bourgeois es ebenso gemacht hatten, bis das Parlament ihnen das Handverletzte. Die Herren Bourgeois sind überall dieselben: für das Gesetz, wenn es ihnen das Befehl von den Arbeitern aber verlangen sie beide, daß er das Gesetz unbedingt achten solle und sind entrüstet, wenn er Gesetze los zu werden sucht, die gegen ihn gemacht sind. —

Das französische Ministerium will sich stark zeigen, und verhält „Anarchisten“, die zu Demonstrationen am 10. d. M. — dem Tag des Wiederzusammentritts der Kammer — gerathen haben. Es wäre besser, die Herren Minister zeigten sich „fest“ in der Untersuchung über den Panamashwindel. —

In Portugal gährt es, ähnlich wie in Spanien. Die Regierung ist vollkommen machtlos wie dort und thatsächlich herrscht Anarchie. Wir meldeten bereits, daß am Tage der Kammereröffnung republikanische Kundgebungen stattfanden. Jetzt erfahren wir, daß auch die Sozialisten, welche in Portugal vollständig von den „anarchistischen“ Nabaumachern getrennt sind, die Gelegenheit zu einer Demonstration benutzte, und unter andern auch einen Aufruf an die städtische und ländliche Bevölkerung erlassen und vertheilt haben. —

Spitzbube über's Grab hinaus ist der amerikanische Millionär Jay Gould. Bei Eröffnung seines Testaments hat sich herausgestellt, daß er sein Vermögen bloß auf 78 Millionen Dollars angeht. Die übrigen dreihundert Millionen hat der Wiedermann nach bekannten Mustern — gebochumert. —

Cleveland hat seinen Parteigenossen mitgetheilt, daß er, wenn nicht die Finanzlage in den Weg trete, erst im Herbst den amerikanischen Kongress zu berufen gedenke. Da nun die Finanzlage der Vereinigten Staaten

eine glänzende und höchstens eine Verlegenheit des Zuziel zu erwarten ist — die amerikanische Regierung weiß buchstäblich oft nicht, wie sie mit dem Einnahe-Ueberschüssen hin soll, so wird es also, wo von Anfang an vorauszu-sehen war, bis zum Herbst bei der ungemilderten Mac-Kinley-Bill bleiben. Und dann hat es auch noch gute Weile. —

## Soziale Uebersicht.

An die Gewerkschaften Berlins. In der am 27. Dezember stattgefundenen öffentlichen Schuhmacher-Versammlung zeigte es sich, daß in der Waußischen Schuhfabrik eine große Zahl Arbeiter beschäftigt ist, die, wenn sie auch nicht den Anforderungen des Fabrikanten gewachsen sind, dennoch die Forderungen der Streikenden theilweise illusorisch machen. Genannte Versammlung beschloß deshalb, den Streik für beendet zu erklären, die Sperre jedoch weiter über die Fabrik zu verhängen. Es ist zu bemerken, daß von den 88 Streikenden nur 2 Arbeiter und 1 Arbeiterin übergelaufen sind; zu unterstützen sind noch 8 verbeiratete und 5 ledige Arbeiter resp. Arbeiterinnen. Wir ersuchen daher alle Kollegen und Genossen, die Sammlungen fortzusetzen, um die noch Ausbleibenden unterstützen zu können. Die Kollegen werden noch dringend ersucht, aus oben angeführten Gründen die Fabrik zu meiden. Alle Sendungen sind an Unterzeichneten zu richten. Im Auftrag der Agitationskommission: A. Fleischer, Höchststr. 11, 2 Tr.

Sieben bringt man uns zur Kenntniß, daß in der Schlichtweg'schen Schuh- und Filzschuhfabrik eine Lohnreduktion bis zu 50 pCt. vorgenommen worden ist. Die Gläubiger erhielten ihren alten Tarif wieder bewilligt, der Tarif der übrigen Arbeiter wurde jedoch zurückgewiesen. Sieben Knäpfer legten die Arbeit nieder. Den Zwaidern wurde noch kein Bescheid zu Theil. Zugang ist fern zu halten.

An die Mitglieder der Ortskasse der Tischler. Verschiedene Umstände und Mittheilungen von dritten Personen ließen bei Unterzeichnetem die Meinung aufkommen, daß der Kassirer Herr Stäps beim Einlassiren der Beiträge Gelegenheit nehme, sich über die Verganzenheit der Kollegen (Betragen, Leistung u. s. w.) den Meistern gegenüber in Gespräche einzulassen. Speziell ein Fall, der meine Person betrifft, gab mir Veranlassung, die Angelegenheit dem Vorstand obiger Kasse zu unterbreiten, welcher daraufhin die Betheiligten am 2. Januar persönlich vernahm.

Herr Stäps versicherte seine Unschuld und der ebenfalls eingeladene Meister erklärte, mit Herrn Stäps über meine Verganzenheit nicht gesprochen zu haben, sondern von a d e r e r Seite unterrichtet worden zu sein. Nun kommt die Pointe.

Bekanntlich setzt sich der Vorstand der Kasse zu zwei Dritteln aus Arbeitnehmern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zusammen. Letztere Herren erklärten der Kasse nach folgendes: Der Erste: „Ich brauche keine Mittheilungen vom Kassirer, dazu habe ich das Telephon.“ Zindemann als zweiter: „Sie dürfen sich nicht wundern, daß sie bekannt sind, schon wegen ihres Auftretens in Versammlungen und dem Kaffe-bezügen gegenüber (der Fall Schütz und Hoffmann im Herbst 1891 ist gemeint); außerdem wissen es die Inhaber der besseren Werkstätten im Süden und Südosten alle, daß sie öfter Meister verlagern.“ Woher? Seit zwei Jahren habe ich keine Klage geführt, zur Zeit habe ich allerdings eine Klage erhoben, der Beklagte gehört aber gar nicht der Innung an. Der dritte Meister, Herr Rabardt, Jossenerstr. 10, schob den Vogel ab und erklärte: „Ich selbst habe dem Kollegen (Meister D.) Mittheilung über Ihr Verhalten in den Generalversammlungen und gegenüber gemacht, als ich zufällig mit ihm in der Präzerei zusammen kam und daraufhin wird er Sie wohl entlassen haben.“ Meister D. meinte: „Der Geselle hat selbst aufgehört, nachdem ich ihm einen niederen Lohn, als vereinbart, ausbezahlt habe.“ Hiermit steht im Widerspruch die Aeußerung des Herrn Stäps im Bureau der Ortskasse (bereits am Nachmittag des 10. Dezember gethan), daß Meister D. mich am Abend entlassen wolle. Wie dem nun sei, soviel steht fest, daß jemand, der sein Amt als Delegirter mit Eifer und Interesse verrichtet, bei den Arbeitgebern schlecht angegesehen steht und (bei der schlechten Zeit können es sich die Herren ja leisten) brotlos gemacht wird.

Die Arbeitnehmer im Vorstand wiesen die Herren geduldig zurück, konnten aber nicht verhindern, daß Herr Rabardt erklärte: „Wir thun, was uns beliebt, sie (die Arbeiter) sperren ja ebenfalls und selbst durch Säulenanschlag Werkstuden und Fabriken.“

Die von mir vorgebrachte Angelegenheit wurde schließlich durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und mir andern gegeben, eventuell mehr Beweise gegen Herrn Stäps zur Stelle zu schaffen.

Nach den Erklärungen der dem Vorstand angehörenden Arbeitgeber dürfte wohl letzteres unnöthig sein, da in dieser Angelegenheit Herr Stäps wohl schuldlos in Verdacht gekommen sein wird. Ich bemerke noch, daß ich bei keinem der drei oben erwähnten Herren gearbeitet habe.

Karl König, Tischler, Laußigerstr. 44, Delegirter zur Generalversammlung der Ortskasse.

Zur Arbeitslosenfrage. Der „Braunschweiger Volksfreund“ veröffentlicht intern 4. Januar folgende Mittheilung an den Braunschweiger Magistrat: Die Arbeiter im Bürgerpark sind eingestellt, trotzdem es möglich ist, dieselben weiterzuführen. Gegen 900 Personen werden dadurch brotlos gemacht. Wir haben gestern schon den Magistrat an seine Pflicht erinnert, ungesäumt die Arbeiter wieder aufnehmen zu lassen. Was aber Noth thut, ist Eile, schleunigste Eile. Heute schon könnte nach dem unverzeihlichen Fehler des Herrn Inspektors Kreis wieder begonnen sein. Soviel wir wissen, ist dies nicht der Fall. Ein rasches Handeln bedeutet hier das tägliche Brot für ein hungriges Land. Durch Plakatirung ist alsbald bekannt zu geben, daß die Arbeiter wieder aufgenommen werden. Hoffentlich beginnen sie, wenn nicht schon heute, so doch morgen wieder. Die Stimmung ist unter den Arbeitslosen durch diese Maßregel eine erbitterte. Sie sehen obsolet nicht ein, warum die Stadt ihnen die einmal gewährte Arbeitsgelegenheit wieder entziehen will. Der Magistrat möge also sich nicht lange besinnen, sondern den nunmehr vorliegenden Fehler möglichst umgehend wieder gut machen.“ — Nach einer von den Arbeitern der Stadt Braunschweig aufgenommenen Statistik wurden bis Mitte Dezember 1892 Arbeitslose gezählt. Davon hatten 659 Verbeiratete 1752 Kinder zu ernähren. 115 waren ohne Kinder. 593 waren ledig. Summa aller Arbeitslosen sammt Frauen und Kindern 2893. Bei dieser Aufnahme ist zu berücksichtigen, daß eine große Anzahl Arbeitslose theils aus Angst, theils aus Egoismus, theils auch aus Gleichgültigkeit sich nicht gemeldet haben. Die Zusammenstellung nach einzelnen Branchen sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit erfolgt in Kürze.

Die Einwohnerschaft Chikagos bestand, wie Ernst v. Hesse-Wartegg in der „Vossischen Zeitung“ berichtet, im vorigen Jahre aus 302 000 Amerikanern, 472 000 Deutschen, 222 000 Irländern, 89 000 Böhmen, 87 000 Polen, 49 000 Schweden, 47 000 Norwegern, 43 000 Engländern, 17 000 Franzosen, 16 000 Schotten, 15 000 Canadianern, 14 000 Italienern, 14 000 Regern, 13 000 Russen, 11 000 Dänen, 8000 Rumänen, 7000 Holländern, 6000 Ungarn, 4000 Schweizern, 2000 Chinesen und etwa 10 000 Angehörigen anderer Nationalitäten. Bei der letzten Präsidentswahl erließ die in Chikago erscheinende „Illinois Staats-Zeitung“ einen Wahlaufzähl in 46 verschiedenen Sprachen, für welchen sie mit Reichthum Uebersetzer fand. Trotz dieses Völkergemisches kommen nationale Streitigkeiten nur selten vor. Jeder fühlt sich bald als Amerikaner.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, 6. Januar.  
**Opernhaus.** Bastien und Bastienne. — Bajazzo. — Die Puppenfee.  
**Schauspielhaus.** Der Widerspenstigen Zähmung.  
**Lesing-Theater.** Die große Glocke.  
**Berliner Theater.** Hamlet.  
**Wallner-Theater.** Die Orientreise.  
**Hroll's Theater.** Schüler-Aufführung des Herrn Eichberg.  
**Deutsches Theater.** Die Stützen der Gesellschaft.  
**Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
**Residenz-Theater.** Familie Pont-Biquet.  
**Neues Theater.** Die liebe Familie. — Kleine Hände.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Der Millionenonkel.  
**Adolph Ernst-Theater.** Modernes Babylon.  
**Thomas-Theater.** Der Probenbauer von Tegernsee.  
**National-Theater.** Die Grille.  
**Alexanderplatz-Theater.** Mutter und Sohn.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebäude Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
 Zum 13. Male:  
**Modernes Babylon.**  
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Göhrs, Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**American-Theater.**  
 Neu! Der Volksmund in Berlin, versch. u. vorgez. v. Alfred Bender.  
 Neu! Die Tyroler Duettisten.  
 Neu! Geschwister Rainer.  
 Jeden Abend jubelnder Beifall des Sauchredners Blank und der **Erdenwehner** oder: Das Kind in der Kommode.  
 Realistisch-parodistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.  
 Fabrikraum 3. verm. Gitschinerstr. 64.

### Circus Renz.

(Raristr.)  
 Freitag, den 6. Januar 1893:  
 Abends 7 1/2 Uhr:

### Romifer-Vorstellung.

Aus dem Programm besonders hervorzubeden: Prinz Carneval und sein Gefolge, vorgeführt von Herrn Oscar Renz. 4 hohe Schulan, geritten von den Damen Frä. Clotilde u. Helga Hager, Oceana Renz und Zophora. — Mr. James Pills mit dem Schulpferd Markir. Punsch, Schwed. Ponghengst, Iomische Original-Dressur vom Clown Misko (August).  
 Zum Schluss: Auf Helgoland. Ballet von 82 Damen. Neue Einlagen: u. a. Aufzug der Leib-Garde-Artillerie. Morgen, Sonnabend, Abds. 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Programm und Auf Helgoland. Sonntag: 2 große Fest-Vorstellungen um 4 Uhr (1 Kind frei): Auf Helgoland und um 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland. Bilet-Vorverkauf an der Kirtuskasse und beim Invalidentant, Marktgrafenstr. 51a.  
**Fr. Renz, Direktor.**

### Castan's Panoptikum.

Neue Illusion:  
**Lotosblume.**  
**Fantoch-Theater.**  
 Vorstellungen v. 11—1 u. v. 4—9 1/2 Uhr stündlich.  
 Ohne Extra-Entree.  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Wer ist der Vater?**  
 Antwort um 9 Uhr im **Passage-Panoptikum.**

### Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.  
 Welt-Total Berlins, 5000 Pers. fassend.  
 Täglich:  
**Spezialitäten-Vorstellung**  
 mit großem Programm.  
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.  
 Entree 50 Pf.  
 Niederschlesier, welche Lust haben, einem Verein von Landknechten beizutritt., wollen sich melden Grimmsstr. 25 b. Trenner, Rest. 8206

Mittwoch, 11. Januar:

### Letzte Vorstellung.

**Circus Corty-Althoff.**  
 Berlin, Friedrich-Karl-Str., Ecke Raristr.

Freitag, den 6. Januar 1893,  
 Abends 7 1/2 Uhr:

### Letzte Romifer-Vorstellung.

u. a. Auftreten sämtl. Clowns. Außerdem Vorführen der 5 dress. Elefanten des Mr. Thompson. Ein Elefant als Pianist. Certain und Patience, vorgef. v. Direktor Althoff. Frä. Rosal, Jockey. Mlle. Marie, Luftgymnastikerin. Herr Willy, Saltomortaleiter. Baronesse de Walberg mit dem Schulpferd Szabadka u.  
 Morgen, Sonnabend 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung. — Sonntag: 2 Extravorstellungen, 4 Uhr (1 Kind frei) und 7 1/2 Uhr.

### Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
**The Maatwoods,** Preisgef. Kunst-Mod-fahrerinnen.  
**3 Schweiß. Peretti,** amerikanische Pro-duktion auf der freistehenden Leiter.  
**Brajelli,** Jongleur und Equilibristen.  
**Mr. Rappos-Jenny,** vorzügl. Instrumentalist.  
**Mlle. A. Bollena,** unbewachte Momente.  
**The Lee's,** zweier Negersklaven. m. f. dressirten Niesen-Doggen.  
**Mr. Barnum,** Original-Pannemann Kolim-Soubrette.  
**Theod. Zierrath,**  
**Lilly Bellini,**  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf.

### Etablissement Buggenhagen.

Täglich: Instrumental-Konzert.  
**Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschnitt von **Vahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.  
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
 Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 25 Pf.  
 Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.

Verloren wurde am Sylvesterabend eine Remontoir-Zylinder-Uhr, wahrscheinlich in der Neuen Maassenstr. Gegen gute Belohn. abzug. bei Voligt, Neue Maassenstr. 12. 8186

**Berlag des „Vorwärts“**  
 Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

### Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften

Neue Gesamtausgabe.  
 Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozial-demokratischen Partei Deutschlands von **Ed. Bernstein.**  
 Vollständig in 3 Bänden.

Erscheint in 45—50 (14tägigen) Lieferungen à M. —,20  
 Bereits erschienen:

Band I.: in Leinen gebunden M. 3,—  
 — in Halbfrz. gebunden (Liebhabereinband) M. 4,—  
 Band II.: in Leinen gebunden M. 4,50  
 — in Halbfrz. gebunden (Liebhabereinband) M. 5,50  
 Einbanddecken in braunem Leinen: für Bd. I. und II. à M. 0,50  
 — in Halbfrz. (Liebhabereinb.) für Bd. I. u. II. à M. 1,20

Der Herausgeber schickt dem Werke eine interessante kritisch-biographische Einleitung voraus: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, die auch eine fülle neuen Quellenmaterials enthält. In Form von Vorbemerkungen oder kritischen Randnoten zu den einzelnen Broschüren präzisirt der Herausgeber den heutigen prinzipiellen Standpunkt der Partei, wo dieser verändert ist, oder erleichtert das historische und politische Verständnis der Materie. Die einzelnen Broschüren folgen nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern nach ihrer inneren Zusammengehörigkeit geordnet. Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Im Anchluss an die Ausgabe wird der Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx-Engels folgen. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

### Einzelausgaben:

**Meine Afschweide**, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. M. —,40  
**Fichte's politisches Vermächtnis** und die neueste Gegenwart. Ein Brief. M. —,15  
**Gotthold Ephraim Lessing** vom kulturhistorischen Standpunkt. M. —,15  
**Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgesistes.** Festsrede gehalten bei der am 19. Mai 1882 von der Philosophischen Gesellschaft und dem Wissenschaftlichen Kunstverein veranstalteten Fichtefei-er. M. —,15  
**Ueber Verfassungswesen.** Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. — **Was nun?** Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. — **Macht und Recht.** Ein offenes Sendschreiben Ferd. Lassalle's. M. —,35  
**Arbeiterprogramm.** Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. M. —,15  
**Die Wissenschaft und die Arbeiter.** Eine Vertheidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage: Die beschloßen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Beschloßen öffentlich angereizt zu haben. M. —,30  
**Der Lassalle'sche Kriminalprozeß.** II. u. III. Zweites Heft: Die mündliche Verhandlung nach dem stenographischen Bericht. Drittes Heft: Das Urtheil erster Instanz mit kritischen Randnoten zum Zwecke der Appellations-Rechtfertigung bearbeitet. M. —,50  
**Offenes Antwortschreiben an das Centralkomitee zur Beratung eines Allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig.** 5. Aufl. M. —,10  
 Mit diesem Schreiben eröffnete Lassalle die Agitation zur Gründung einer selbstständigen Arbeiterpartei.  
**Zur Arbeiterfrage.** Rede bei der am 16. April 1863 in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung. Nebst Briefen Prof. Wuttke's und Lothar Bucher's. M. —,10  
**Arbeiterlesebud.** Rede Lassalle's zu Frankfurt a. M. am 17. und 19. Mai 1863. Nach dem stenographischen Berichte. M. —,25  
**Kleine Aufsätze:** Die französischen Nationalverfassungen von 1848. Antwort an Herrn Professor Rau. Lassalle und die Statistik von Wadernagel. Herr Wadernagel oder der moderne Heraklitos. Erwiderung auf eine Rezension der „Neuz. Zeitung“. M. —,15  
**Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag.** Drei Symptome des öffentlichen Geistes. Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf. M. —,25  
**Rede vor der korrekzionellen Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1864.** Vertheidigungsrede gegen die Anklage, verschiedene Klassen der Bevölkerung zum Haß und zur Verachtung öffentlich aufgereizt zu haben. M. —,10  
**Der Hochverraths-Prozeß wider Ferdinand Lassalle** vor dem Staatsgerichtshofe zu Berlin am 12. März 1864. Nach dem stenographischen Bericht. M. —,40  
**Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins und das Verprechen des Königs von Preußen.** Eine Rede, gehalten am Stiftungsfeste des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Ronsdorf am 22. Mai 1864. M. —,25  
 Als Agitationschriften haben die Lassalle'schen Broschüren ihre faszinirende Wirkung behalten; wie vor 30 Jahren begeistern sie noch heute die Leser und in populärer, fesselnder Behandlung des spröden ökonomischen oder geschichts-philosophischen Stoffes sind sie unerreicht geblieben.  
**Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker mit Scher-Schellen.** M. —,75  
 Die Anmerkungen des „Scherweibes“ in dieser literarischen Einrichtung des bürgerlichen Mode-Literaten entstammen bekanntlich aus der Feder der späteren „Ergzellen“ Lothar Bucher!  
**Frau von Sickingen.** Eine historische Tragödie. 2. Aufl. M. 2,—  
**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
 Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeiteurs nehmen Bestellungen entgegen.  
 Bei Bestellungen von Außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra). 400/1

14 große Fenster.

Elektrische Beleuchtung.

# Inventur-Ausverkauf.

Um zu räumen, verkaufen wir von heute ab zu folgenden enorm reduzierten Preisen:

Abtheilung I.		Abtheilung VI.	
<b>Winterspaletots in</b>		Schlafröcke in Double sonst M. 18	b. u. v. 7 M. an
Double mit Tuchfutter	sonst M. 20 b. u. v. 8 M. an.	Schlafröcke Satin	20
I. Double m. Sammfutter	24	Schlafröcke Belour	22
Diagonal m. gestr. Serge	26	Schlafröcke Double Face	26
Belour mit Clothfutter	28	Schlafröcke Frisfe Mount.	30
Düffel mit Steppfutter	30	Schlafröcke Floconné	34
Platiné mit Atlas	34	Schlafröcke, Türkisch sonst	45
Floconné mit Zanela	30		
Frise mit Tuch	45		
Montagnac mit Seidenf.	50		
Kammgarn mit do.	56		
Prince of Wales Winter-Paletots erquist.	80		
	45		
Abtheilung II.		Abtheilung VIII.	
Reise-Mäntel	sonst M. 24 b. u. v. 12 M. an.	IIa Knaben-Palet., sonst 6 1/2 M., b. u. v. 2 1/2 M. an	
Kaiser-Paletots	20	mit Wäsch.	9
Ufser	25	mit Pelierine	11
Ufser m. halber Pelierine	32	Knaben-Schwaloffs	12
Ufser m. ganzer Pelierine	40	Reise-Mäntel	6
Kaiser-Mäntel I	28	Kaiser-Mäntel	5
Hohenzollern-Mäntel	50		
Kutschler-Mäntel, elegant	65		
	25		
Abtheilung V.		Abtheilung VIII.	
Zuppen fürs Haus	sonst M. 10 b. u. v. 6 M. an	IIb Bursch.-Pal., Or.-Jac. sonst 12 M., b. u. v. 5 M. an	
Loden-Zuppen	12	Burschen-Schwaloffs m. Pelier.	14
Gebirgs- u. Jagd-Zuppen	17	Burschen-Wenschloffs	15
Interims-Jacon-Zuppen	22	Burschen-Kaiser-Mäntel	10
		Jünglings-Paletots	15
		Jüngl.-Schw. m. Pel.	18
		Jüngl.-Wenschloffs	19
		Jünglings-Ufser	14
		Jüngl.-Kaiser-Mtl.	12
		Jüngl.-Hohenz.-Mtl.	28

Für das Verleihen von Fracks, sowie ganzer schwarzer Anzüge haben wir eine besondere Abtheilung eingerichtet.

Berlins grösstes und billigstes Konfektionshaus.

## „Zum Propheten“

Welthaus in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben.  
 I. Etage. Am Dönhoffplatz I. Etage.

Feine Schneiderarbeit. Feine Leipziger- und Kommandantenstraße. Sonntags von 7—10 und 12—2 Uhr geöffnet. Versandt gegen Nachnahme.



## Vom Bergarbeiterstreik.

Knappschäftskämpfer Wilhelm wurde verhaftet, weil er bei einer Ruhestörung in Spießen der „Nadelsticker“ gewesen sein soll. Einfahrende Bergleute sollen dort mit Steinen beworfen worden sein.

Charakteristisch für den „neuen“ Kurs ist das Lob, welches das unverfrorenste rheinische Kapitalistenblatt, die „Rheinisch-Westf. Ztg.“, den Regierungsorganen für ihr Verhalten gegenüber den streikenden Bergleuten spendet. Die Hoffnung, sagt das Blatt, daß angesichts des Massenstreiks der Bergleute im Saarrevier die Regierung diesmal jede Schwäche bei Seite setzen und den Streikführern wie den Streikverführern gegenüber mit äußerster Strenge verfahren möge, damit Arbeitnehmer wie Arbeitgeber endlich wissen, daß die Zeit des Liebelandens mit ungesund und phantastischen Projekten aufgehört hat und die sogenannte Arbeiterfreundlichkeit auch innerhalb der Regierungskreise an den unabänderlichen wirtschaftlichen Gesetzen ihre Schranken erkennt — diese Hoffnung scheint erfreulicherweise in Erfüllung zu gehen, da die Bergbehörde im Saarrevier bisher stark geblieben wäre und sich auf seine Unterhandlung mit dem bergmännischen Rechtsschutzverein eingelassen habe.

Die „Frankf. Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 4. Januar: „Nach den neuesten Meldungen über den Ausstand im Saarrevier hat die Zahl der Anfahrnden sich vorgestern bezw. gestern um über tausend vermehrt, die Zahl der Ausständigen also abgenommen. Ob man darin bereits ein Zeichen des Niedergangs der Bewegung zu erblicken hat, bleibt abzuwarten; die Zunahme der Arbeitenden könnte auch dadurch erklärt werden, daß durch die getroffenen polizeilichen Maßregeln und die Zusammenziehung der Tag- und Nachschichten in eine Tagesschicht eine Anzahl von Leuten, die nur äußerem Druck gehorchend, sich an Ausstände beteiligen, zur Wiederaufnahme der Arbeit ermutigt worden ist. Die Ueberzeugung, daß der Ausstand nicht lange dauern könne, ist übrigens eine allgemeine, zumal von den Leitenden der Führer in Aussicht gestellten answärtigen Unterhaltungen noch gar nichts zu merken ist. Die Behörde bleibt dabei, mit dem Vorstand des Rechtsschutzvereins nicht, sondern nur mit den Arbeiterschreibern zu verhandeln, und es ist unter diesen Umständen sehr bedauerlich, daß von Seiten gewisser Personen, so z. B. eines Wieser Rechtsanwalts, die Streikenden aufgemuntert werden, bei der Forderung, die Verwaltung solle mit den Verbandsführern unterhandeln, zu beharren. Das kann doch unter den gegebenen Umständen für die Leute nur schlimme Folgen haben. In welcher Weise der so unbesonnen injizierte Ausstand jetzt schon von gewisser Seite anzunehmen versucht wird, zeigt der Artikel der hochoffiziösen „Nordd. Allg. Ztg.“, der mit scheinbarem Ernste die Frage aufwirft, ob die Vorgänge im Saarrevier nicht ein Anzeichen dafür seien, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung in der Bewilligung von Rechten für die Arbeiter zu weit gehe. Die übrigen sozialpolitischen Gesetze haben natürlich mit dem Ausstände nicht das geringste zu thun, es könnte hier nur die letzte Novelle zum Vergesetz in Betracht kommen. Angesichts dieses Gesetzes, dessen eigentliche Väter die Herren Stumm und Genossen sind, von zu weitgehenden Rechten der Arbeiter zu sprechen, ist ein wahrhaft blutiger Dohn; darüber könnte sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die beste Auskunft bei dem Herrn — Handelsminister Verplech holen. Im übrigen ist die verächtliche Drohung, die in den Ausführungen des obigen Blattes liegt, genau so unsinnig, oder gar noch unsinniger, wie die Drohung des nämlichen Blattes mit der Wiedereinführung der „vollen“ dreijährigen Dienstzeit für den Fall der Ablehnung der Militärvorlage. Daß an eine Aufhebung oder Rückwärtsrevision der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht gedacht werden kann, darüber dürfte man sich nirgends klar sein, als in Regierungskreisen, wo man ja recht gut weiß, aus welchen Gründen man die Bahn der sozialpolitischen Gesetzgebung beschritten hat, beschreiten mußte.“

Eine rührende Unkenntnis dessen, was man „Volksseele“ nennt, verrät wieder einmal die „Kölnische Zeitung“, der in der Luft der Ministerialsalons längst jedes Verständnis für das Leid der arbeitenden Bevölkerung verloren gegangen. Nur daraus erklärt es sich vollkommen, wenn sie schreibt: „Welche Verblendung herrscht unter den ausständigen Bergleuten! 23 000 Mann weigern sich zu arbeiten — und der Hunderte weiß nicht, warum. Die Jungen gehen mit aus Sorglosigkeit, was liegt auch an den armen Eltern; die Herangewachsenen, nun, sie sind frei, ubi bona, ubi patria — aber nur so lange, als die Heber des Rechtsschutzvereins Brot baden, von hochtrabenden Worten allein kann ja niemand leben. Und die Alten? Sie sind zum Teil treu geblieben und fahren regelmäßig ein zur Schicht, zum Teil aber sind auch sie auf den Abweg mitgerathen, mehr aus Furcht denn aus Ueberzeugung. Es herrscht im ganzen Ausstandsgebiet ein unbeschreibliches Maß von wahrwärtiger Vertreibung und Verführung, die heute in einem Augenblick sich nicht zusammenfassen und beschreiben läßt, sondern nur in einzelnen Ausführungen und da nur mit schwacher Feder dargestellt werden kann. Nehme man vorerst die nackten Zahlen, um ein Bild des Ausstandes am heutigen Tage zu geben. Am 3. Januar, also heute, trat eine wesentliche Verschiebung in der Zahl der Ausständigen bei den einzelnen Berginspektionen, die in der Zahl 11 betragen, ein. Bei der Berginspektion 1. Enddorf zählten an von etwa 2000 Mann Belegschaft 389 gegen gestern 14 Mann mehr; die gleichen Zahlen besaßen sich bei den anderen Inspektionen auf: 2. Luffenthal: 3000, 689, + 28; 3. Von der Heydt: 3000, 513, + 172; 4. Dudweiler, 2500, 594, + 68; 5. Sulzbach: 2700, 461, + 156; 6. Niden: 3500, 291, + 108; 7. Heiniß: 4500, 978, + 461; 8. Neunkirchen: 3200, 240, — 942; 9. Friedrichsthal: 2400, 492, + 227; 10. Götteleborn: 300, 274, + 149; 11. Fischbach: 1800, 882, + 286. Während nach diesen Zahlen auf zehn von elf Inspektionen eine Abnahme des Ausstandes sich zeigte, ist die Zahl der Ausständigen im Inspektionsbezirk Neunkirchen um 900 Mann gewachsen.“ — Ueber den Verlauf der Ausstands-Bewegung gelangen durch einen Theil der örtlichen Presse leider Erzählungen und Berichte in die Öffentlichkeit, die oft jeder Thatfachen Grundlage entbehren. Allerhand Schanergeschichten werden von Reportern aus den Fingern gefogon oder vom Hörensagen als nackte Thatfachen wiedergegeben. Dazu kommen die Alarmnachrichten, daß so und so viel Bataillone kriegsmäßig in Anmarsch seien — alles Nachrichten, die nur geeignet sind, die Erbitterung und den Uebermut der Ausständigen zu steigern und in weiten Geschäftskreisen eine unbegründete Befürchtung zu lassen. ... Die Praxerei mit „Rechtsschutz-Revolvern“ ist ja gewiß geeignet, ein Gruseln auswärts hervorzurufen. So schlimm ist es aber nicht. Revolverhülsen sind gefallen, wie jedes Jahr am 1. Januar. Was die „Rechtsschutz-Revolver“ aber anbetrifft, so ist bisher mehr geschrieben als geschossen worden. Ich bin heute, trotz vielfältiger Warnungen, ohne Revolver, ja, ohne Stod nach Bildstock in die alltägliche große Versammlung gegangen, und ich war unbesorgt. — Die „Köln. Ztg.“ und ihr Geschwister mögen sich gesagt sein lassen, daß Volksmassen nur dann zum ernsthaften Kampf sich bequemen, wenn sie glauben, daß die Aufrechterhaltung oder Wiedererringung ihrer gewohnheitsmäßigen

Lebenshaltung dies erheische. Es giebt nichts Alberneres, als die Behauptung, Volksbewegungen würden „gemacht“.

Das Wolff'sche Telegraphenbureau sorgte gestern wieder dafür, daß der kapitalistischen Presse der Stoff zum Klatsch nicht ausging. Es meldete aus Neunkirchen unterm 4. Januar: „Von hier sind vielfache Ausschreitungen zu berichten. Die Bergleute, welche sich zur Grube begeben wollten, werden von den Ausständigen auf den Straßen angefallen. Auf bayerischem Gebiete kam es in den Wäldern zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien. Vor dem Inspektionsgebäude hier wurden heute Abend wiederholt Schüsse abgegeben. In den Straßen von Neunkirchen selbst wurden heute die von der Schicht kommenden Leute von den Frauen und Kindern der Ausständigen mit Steinen beworfen.“ — Weiter meldete dasselbe Bureau aus Bildstock unterm gleichen Datum: „In der heutigen Versammlung der Bergleute verließ Schillo nach Mittheilungen über den Stand der Dinge im ganzen Revier den Bescheid der Bergwerksdirektion auf seine Eingabe als Vorsitzender des Streikkomitees. Die Bergwerksdirektion lehnt in dem Bescheide ab, mit Schillo zu unterhandeln. Gegen Ende der Versammlung lehrte Wagner aus Westfalen mit der Nachricht zurück, daß von dort aus Unterstützungsanträge nach Belgien, England, Frankreich, Sachsen und Böhmen abgeandt seien. Westfälisches Geld scheint Wagner nicht mitgebracht zu haben.“ — Endlich berichtet das Wolff'sche Bureau aus Saarbrücken unterm 5. Januar: „Heute Vormittag sind angefahren: Auf der Berginspektion 1. „Enddorf“ 555, auf der Belegschaft 2. „Luffenthal“ 1165, auf der Belegschaft 3. „von der Heydt“ 731, auf der Belegschaft 4. „Dudweiler“ 702, auf der Belegschaft 5. „Sulzbach“ 640, auf der Belegschaft 6. „Niden“ 689, auf der Belegschaft 7. „Heiniß“ 1077, auf der Belegschaft 8. „Neunkirchen“ 1573, auf der Belegschaft 9. „Friedrichsthal“ 647, auf der Belegschaft 10. „Götteleborn“ 332 und auf der Belegschaft 11. „Fischbach“ 562 Mann, im Ganzen 8473 Mann, also 649 mehr als gestern. Heute Vormittag wurde in Bildstock eine Frauenversammlung abgehalten; es fand eine wahre Völkerverwanderung dorthin statt.“

Der „Vote“ aus Sulzbach berichtet, die dortige Glasfabrik hätte den Betrieb vorläufig einstellen, da es an Kohlen fehle. Die Wanne solle aber nicht erkalten, damit nach Beendigung des Streiks die Arbeit baldigst wieder aufgenommen werden könne.

Die „Nationalzeitung“, die als echtes Probenblatt das Auftreten der streikenden Bergarbeiter in möglichst ungünstiger Beleuchtung zu rüden sucht, weiß von dem verhafteten Warten ein „noch schwereres Verbrechen“ zu melden als die angebliche Keilung desselben war, es seien 3000 Revolver angekommen. Das „noch schwerere Verbrechen“ soll darin bestehen, daß am 31. Dezember „Warten mit einer großen Anzahl Ausständiger, die er persönlich anführte, bei Neunkirchen arbeitswillige Bergleute gewaltsam von der Einfahrt abzuhalten suchte — nach dem Strafgesetzbuch Verbrechen wegen Aufruhrs und Nadelsticker.“

Nach der „Saarbrücker Zeitung“ wollen die Bergbehörden die heute Freitag fälligen Löhne nicht auszahlen, weil die Bergleute die Arbeit ohne Kündigung niedergelegt haben. Man hofft dadurch wahrscheinlich den Streik zu brechen. Es wird nun jeden kapitalistischen Prohen mit hoher Friededigung erfüllen, wenn er liest, was die menschenfreundliche nationalliberale „National-Zeitung“ gegenüber den Unruhen, die jene Maßregel der Bergbehörden hervorgerufen hätte, über die Sicherheitsvorkehrungen zu melden weiß: „Das Militär steht zum Ausmarsch bereit; überhaupt sind alle Maßregeln vorbereitet, um jeden thätlichen Widerstand gegen die Obrigkeit energisch zu unterdrücken. Es muß erwartet werden, daß die Behörde von allen Befugnissen, welche ihr die Gesetzgebung gerade in bezug auf die Lohnzahlung im Falle des Kontraktbruchs beilegt, unerbittlich Gebrauch macht. Nur eine feste und unbereite Haltung, welche jedes Schwanken ausschließt, kann den Erfolg verdrängen.“

Wie berichtet wird, singen die Bergleute jetzt: „Heil Dir im Siegerkranz, Heil Warten Dir!“ Man kann danach ersehen, wie böses Blut unter der Bevölkerung des Saarreviers, die bisher stets als monarchisch geschildert wurde, was sie auch wohl gewesen ist, die ganze Handlungsweise der Bergbehörden gemacht hat. Die Monarchie wird durch die Fehler ihrer Bureaokratie schweren Schaden haben.

In Dortmund soll heute, Freitag, Nachmittag eine Versammlung stattfinden, in welcher man die Stellungnahme zum Streik im Saarrevier und die Lage der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier berathen will. Einberufen dieser Versammlung ist der frühere „Kaiserdelegirte“ Bunte.

In Essen findet heute gleichfalls eine Bergarbeiter-Versammlung statt, in welcher Stellung zu dem Streik im Saarrevier genommen werden soll.

Nach einer Meldung der „Saale-Zeitung“ aus Bildstock soll in der Nacht vom 1. zum 2. Januar ein Theil der bergistischen Telegraphenleitungen zerstört worden sein, was vermuthlich eine Ente ist, die man aus Kreisen aufkattern ließ, welche an der öffentlichen Diskreditirung der Bergarbeiter ein Interesse haben.

Das Organ der Bergarbeiter, „Schlägel und Eisen“, schreibt: „Nun Kapital und Ihr Herren vom Beistuhl, was sagt Ihr jetzt dazu? Habt Ihr jetzt gesehen, was die Noth bei dem Bergmann, trotz all' Euren Maginationen, fertig bringt? Haben wir nicht gebittet und gefleht schon drei Jahre lang, aber leider ohne Erfolg? Ja, Herr Verantwortlicher des „Bergmannsfreund“, das sind Früchte von dem Samen, den Sie in Ihrem Blatte ausgestreut haben!“

Aus Saarouis meldet Herolds Telegraphenbureau unterm 5. Januar: Es verlaute, in der Konferenz der Behörden sei beschlossene worden, in der nächsten Woche den Bergarbeitern ein Ultimatum zu stellen. Die nicht ansehenden Bergarbeiter sollen dann zeitweise oder dauernd abgelegt werden; viele Bergleute, welche gegenwärtig besonders agitiren, werden überhaupt abgelegt.

Das rheinisch-westfälische Koalitionsbündel verlor infolge des Ausstandes nach der „B. Z.“ tausend Doppelwaggons Koals an die Saarwerke. Weitere Abschlässe und damit eine Verringerung der Produktionsbeschränkung sind wahrscheinlich.

Köln, 5. Januar. Im Saarbezirk ist, wie die „Kölnische Zeitung“ mittheilt, infolge der Kälte und des Ausstandes die Kohlenfrage nach Kohlen sehr lebhaft. Im Ruhrbezirk sollen Angesichts jüngster Tage hervorgetretener Anzeichen von einer Bergarbeiter-Bewegung gewisse Bedenken hinsichtlich des Fortganges der regelmäßigen Förderung eingetreten sein, da es nach den Vorgängen im Saarbezirk nicht ausgeschlossen erscheint, daß auch in dem Bezirk Dortmund Versuche zur Herbeiführung eines Ausstandes gemacht werden können.

## Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind noch abgehalten worden in Pöggelwisch (Ref. Schütz-Breslau), Neu-Ruppin (Ref. Wille-Berlin), Raumburg (Ref. Hoffmann-Beih), Weidisch bei Glogau (Ref. Stolpe-Grünberg).

Gemeindevahlen. In Schneidenbach bei Malsau i. B. wurde in der Klasse der Unangehörigen ein Sozialdemokrat gewählt. — In Haselbrunn bei Plauen trug sich folgendes humorvolle Wahlstücklein zu. Unsere Genossen hatten bei dieser Wahl einen Versuch mit eigenen Kandidaten machen wollen und stellten als Unanständigen den Genossen Hartung auf. Die Wahl fand am 11. Dezember, Nachmittags statt. Abends 1/7 Uhr, als schon 33 Stimmen für Hartung abgegeben waren, — die Wahl dauerte bis 7 Uhr — stellte es sich heraus, daß derselbe als Neuge nicht wählbar ist. Kurz entschlossen stellte man einen anderen Kandidaten, den Genossen Schröder, auf; die Stimmzettel waren schnell geschrieben. Um 8 Uhr wurde das Resultat bekannt. Es hatte der Gegenkandidat, der Vorstand des Militärvereins sechs Stimmen erhalten, unser Genosse acht Stimmen. Eine halbe Stunde später war Militärvereins-Versammlung und in dieser wurde das neue Gemeinderathsmitglied Schröder aus dem Verein ausgeschlossen. Was in einem sächsischen Dorfe in zwei Abendstunden nicht alles passiren kann! —

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Essen legten die zwölf Kandidaten der vereinigten „christlichen“ und „kirchlich-Dunder'schen“ Vereine mit ca. 1110 Stimmen gegen ca. 530 Stimmen, die für die Kandidaten des Gewerkschaftsartells abgegeben wurden. Da einer der Gewählten inzwischen gestorben ist, so kommt wenigstens einer der Kandidaten des Gewerkschaftsartells ins Gewerbegericht. Wenn man berücksichtigt, daß Essen jetzt zu den Hauptstätten des Ultramontanismus gehört, so ist das Wahlergebnis für uns immerhin nicht ungünstig, denn die Pfaffenpartei siegte ja nur mit Hilfe der unter deutschfreisinnigen Protektorat freilebenden kirchlich-Dunderianer. Wird in Rheinland-Westfalen unsere Partei noch einige Jahre so systematisch agitirt haben, wie dies seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes der Fall, so wird es Regel geworden sein, daß die zahlreiche Arbeiterbevölkerung dieser Provinzen der roten Fahne folgt, anstatt wie jetzt sich um die verbliebenen Banner der alten Gesellschaft zu schaaren.

Mit den Beschlüssen des Berliner Parteitag's erklärten sich noch einverstanden die Parteigenossen in Neu-Ruppin, im 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreise (Partei-Konferenz zu Reichenbach, auf welcher 20 Ortschaften zahlreich vertreten waren), in Plauen i. B., Reichendorf bei Berlin.

Partei-Einnahmen. Leipzig, Centrum: Jahreseinnahme: 1192,75 M., Ausgabe 925,45 M. Meerane: Kassenbestand am 1. November 1891 290,52 M., Einnahme bis 31. Dezember 1892 798,92 M., Summa 1089,44 M. Ausgabe bis 31. Dezember 1892 600,92 M. Bestand 428,52 M. (Von diesen 428,52 Mark sind 359,69 M. verzinslich angelegt und für die nächste Reichstagswahl bestimmt.)

Personalien aus der Partei. Genosse Edmund Fischer, seither in Frankfurt a. M. als Mitarbeiter der „Volksstimme“ thätig gewesen, ist zu Neujahr in Dresden in die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ eingetreten.

Von der Agitation. Ueber die bereits kurz gemeldete Agitationsstour, welche zahlreiche Bremer und Voltmer'shauser Parteigenossen am Neujahrstage nach Strohm unternahmen, bringt die „Bremer Bürgerzeitung“ einen Bericht, der das Leben und Treiben auf der Landagitation anschaulich schildert. „Der eifrige, Marx und Wein durchbringende Schneesturm“ — sagt das Blatt — „der auf dem Wege von Voltmer'shausen nach Strohm die Schaar der dahinwandernden Genossen überfiel, konnte der vorzüglichen Stimmung nicht den geringsten Eintrag thun, und fröhlich und guten Muthes zogen die Genossen in das Versammlungskloster, dessen Wirth von dem zahlreichen Besuch augenscheinlich sehr angenehm überrascht war. Verpfauch dieser Besuch doch eine erfreuliche Einnahme, wie sie ein kleiner Wirth auf dem Lande wohl gebrauchen kann. Bald stellten sich denn auch die Einwohner des Dorfes ein, wohl an 40 Personen, eine Zahl, die in Anbetracht der großen räumlichen Ausdehnung und geringen Einwohnerzahl des Ortes, wie auch der ungünstigen Witterung als eine sehr große bezeichnet werden muß. Auf der großen Diele des Hauses wurde die Versammlung, vom Genossen Fiedler eröffnet, abgehalten. Der Referent, Genosse Bruhn, bestieg die eilig improvisirte Rednertribüne — eine hölzerne Waschballe — und legte nunmehr in einfacher, den Landleuten verständlicher Weise die ablehnende Stellung der Sozialdemokratie zur Militärvorlage klar. In athemloser Stille — die nur zuweilen vom Brummen der seitwärts stehenden Kühe unterbrochen wurde — lauschten die Versammelten den anderthalbstündigen Darlegungen des Redners und selbst die grimmige Kälte auf der offenen, zugigen und fleingepflasterten Diele vermochte keinen von Plage zu verschonen. Der lebhafteste Beifall am Schlusse des Vortrages bewies, daß die Worte unseres Redners ihren Eindruck auf die Versammelten nicht verfehlt hatten. In der Diskussion wies noch Genosse Ebert mit lebhaft applaudirten Worten auf die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen und auf die Nothwendigkeit hin, die Arbeiterpresse nach Kräften zu unterstützen, worauf dann eine vom Vorsitzenden verlesene Protestresolution einstimmige Annahme fand. Bald nach Schluß der Versammlung machten sich unsere Genossen auf den Heimweg, und muntere, anseuernde Volks- und Parteilieder, die hell hinausklangen in die mondhele und bitterkalte Winternacht, sie gaben Beweis davon, daß man mit dem Resultat der Arbeit des ersten Tages im neuen Jahre völlig zufrieden war und sein durfte, denn in der That haben wir auch in diesem kleinen Orte des brennischen Kreises, der bisher vom „Gist des Sozialismus“ kaum berührt war, einen Erfolg errungen, der für die Zukunft nur Gutes verspricht.“

In einer Reihe von Ortschaften des Wahlkreises Kempen wurden während der Weihnachtstages tausende von sozialdemokratischen Flugblättern von unseren bayerischen Parteigenossen verbreitet. Die ultramontane Presse (Christ Zeier und Rodio, aber das Wuthgeheul ist nur ein zu deutlicher Beweis dafür, daß der Boden gut vorbereitet ist, um die ausgestreute Saat aufgehen zu lassen.

Zu der letzten Magdeburger Volksversammlung wurde von einem Redner gewünscht, daß der „Vorwärts“ in wärmerer Weise für den Magdeburger Boykott eintreten möge, damit auch die auswärtigen Genossen im Stande seien, die Magdeburger zu unterstützen.

Wir haben den Magdeburger Boykott durch Abdruck der uns zugegangenen Mittheilungen sowohl wie durch sonstige Er-



wöhnung des Thatsächlichen genau so unterfützt, wie das bei den in anderen Orten ausgesprochenen Boykott-Erklärungen der Fall war, wollen jedoch, dem Wunsche des betreffenden Magdeburger Genossen Rechnung tragend, gern nochmals erklären, daß die Unterfützung eines Boykotts gegen Lokale, die anderen Parteien zu Versammlungen zur Verfügung gestellt und unserer Partei verweigert werden, verdammt nicht und Schuldigkeit jedes Parteigenossen ist. Gehört sind laut Beschluß der Magdeburger Lokalkommission folgende Brauereien: Aktienbrauerei Neustadt-Magdeburg, Klosterbrauerei Padmersleben, Bodenslein Neustadt-Magdeburg, Kralauer Brauerei Sieger u. Co., Subenburger Brauhaus, Ludauer Brauerei Reichardt u. Schneidewin, Wallbaum u. Co. in Neustadt-Magdeburg, Kaiserbrauerei Alendard in Schönebeck, Viktoria-Brauerei Morgenstern in Groß-Salze, Brauerei Waldschlößchen in Dessau.

**Todtenliste der Partei.** Gestorben in Hof in Bayern die Legitarbeiterin Frau Vertha Schädel.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
Die Dessauer Polizeiverwaltung hat nunmehr erklärt, daß sie die „unpolitischen“ Versammlungen unserer Genossen nicht mehr übersehen werde. Das dahin gerichtete Vorgehen der anhaltischen Sozialdemokratie wäre damit amtlich für berechtigt erklärt.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 5. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Den Vorsitz führt der Vorsitzende Stellvertreter Stadtv. Dr. Langerhans.

Der in den Ruhestand getretene Stadtrat Schreiner dankt in einem Anschreiben für die Verleihung des Titels „Stadtältester“ und die Bewilligung des vollen Gehalts als Pension.

Stadtv. Dr. Stryg macht der Versammlung die schriftliche Anzeige, daß er „unter den obwaltenden Umständen“ nicht in der Lage sei, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. — Die Verlesung des Schreibens wird von einem Theil der Versammlung mit Heiterkeit aufgenommen.

Nach der Geschäftsordnung hat in der ersten Sitzung des Jahres die Neuwahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, der drei Beisitzer und drei Stellvertreter, sowie der ständigen Ausschüsse stattgefunden.

Die Versammlung schreitet zunächst zur Wahl des Vorsitzenden und des Vorkeser-Stellvertreters.

Vor dem Eintritt in die Wahl spricht der Stadtv. Reich dem Gesamtvorstande, insbesondere dem langjährigen Vorkeser Dr. Stryg, den Dank für ihre bisherige Thätigkeit aus. Die Versammlung erhebt sich zum Zeichen des Einverständnisses von den Sitzen.

Bei der Wahl des Vorsitzenden werden 100 gültige Stimmen abgegeben; davon fallen auf Dr. Langerhans 79, Singer 11, Barth 2, Frenzel 2, Stryg 2, Bietzen 2, Sella 1, Quadt 1. Unbeschriebene sind 9 Stimmzettel.

Dr. Langerhans ist somit zum Vorkeser gewählt und nimmt die Wahl mit dem Ausdruck des Dankes für das Vertrauen an, mit welchem die Versammlung ihn zu dieser hohen Ehre berufen habe. Er hofft, mit der freundlichen Hilfe der Versammlung dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

An der Wahl des Stellvertreters beteiligen sich 115 Mitglieder. Es werden 102 gültige, 13 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben. Dr. Alexander Meyer II erhält 40, Justizrath Meyer I 24, Dr. Barth 2, Singer 18, Bietzen 4 Stimmen. Da die absolute Mehrheit nicht erreicht ist, kommen die vier Erstgenannten zur engeren Wahl. In derselben erlangt Dr. Meyer II 45, Dr. Barth 34, Meyer I 29 Stimmen; 8 Zettel sind unbeschrieben. Da die absolute Mehrheit von 54 wieder nicht erreicht ist, muß zwischen den Stadtv. Dr. Alexander Meyer II und Dr. Barth eine Stichwahl stattfinden. In derselben siegt Dr. Alexander Meyer II mit 61 Stimmen über Dr. Barth, der nur 46 Stimmen erhält.

Dr. Alexander Meyer nimmt die Wahl dankend an. Stadtv. Spinola schlägt darauf die Wiederwahl der bisherigen Beisitzer Seibert, Siebmann und Gerde durch Zufuss vor. Stadtv. Dinske widerspricht namens der neuen Fraktion der Einlen der Klammationswahl und schlägt als Beisitzer den Stadtv. Hellriegel vor, da die neue Fraktion Anspruch auf Vertretung im Vorstande mache.

Bei der dadurch notwendig gewordenen Zettelwahl erhalten von 102 gültigen Stimmen Stadtv. Gerde 73, Seibert 72, Siebmann 60; diese 3 Mitglieder sind daher wiedergewählt. Außerdem erhält Stadtv. Hellriegel 42 Stimmen; 5 Stimmen geripplern.

Bisherige Stellvertreter waren Bülle, Friederich, Mielenz. Letzterer ist inzwischen zum Stadtrat gewählt worden. Stadtv. Spinola giebt anheim, an Stelle von Mielenz den Stadtv. Hellriegel zu wählen.

Durch Akklamation werden Bülle, Friederich und Hellriegel gewählt.

Stadtv. Hellriegel lehnt die Wahl ab.

Die erforderliche Neuwahl wird erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Hierauf soll die Verlesung in die Abteilungen erfolgen; dieselbe wird jedoch auf Antrag Singer, dem Stadtv. Dinske beipflichtet, trotz des Widerspruchs des Stadtv. Schwabe, der auf eine 15jährige Praxis verweist, dem Bureau überwiesen.

Es wird beschlossen, die ordentlichen Sitzungen der Versammlung auch im Jahre 1893 am Donnerstag von 5 Uhr ab stattfinden zu lassen.

Nach der Geschäftsordnung sind die ständigen Ausschüsse a) für die Wahl der unbeforderten Gemeindebeamten, b) zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung bezw. Pensionierung befordeter Gemeindebeamten, c) für Petitionen in der ersten Sitzung des Jahres neu zu wählen. Dasselbe gilt für die übrigen ständigen Ausschüsse a) für Rechnungssachen, b) zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordneten-Wahlen.

Die Ernennung der Ausschüsse wird dem Vorstande überlassen.

Die im Jahre 1892 zur Vorberatung einzelner Gegenstände ernannten Ausschüsse, die den ihnen erteilten Auftrag noch nicht erledigt haben, sollen bestehen bleiben; aufgehoben wird auf Antrag Singer nur der bestehende Ausschuss für das Abkommen zwischen Berlin und Charlottenburg.

Von dem Stadtv. Gerde u. Gen. ist folgender Antrag eingegangen:

an den Magistrat die Anfrage zu richten, wie derselbe sich zu der Baupolizei-Ordnung für die Vororte vom 5. Dezember 1892 in Rücksicht auf die bevorstehende Einverleibung von Nachbargemeinden in Berlin zu verhalten gedenkt.

Der Gegenstand hatte bereits in der Sitzung vom 30. Dez. vorigen Jahres auf der Tagesordnung gestanden, war aber wegen Behinderung des Antragstellers abgesetzt worden. Zur heutigen Verhandlung liegt der Antrag Wohlgenuth vor, den Antrag Gerde an die gemischte Deputation für die Vorbereitung der Inkommunalisierung der Vororte zu überweisen.

Stadtv. Kyllmann begründet den Antrag an Stelle des auch heute behandelten Antragstellers. Die in Rede stehende Bau-Ordnung spitze die Berliner Bau-Ordnung auf's äußerste zu und reduziere die für die Bedienung nutzbar zu machende Fläche namentlich für die landhausmäßige Bebauung und die Kleinbauten sehr erheblich. Am meisten zu beanstanden sei, daß von vornherein,

ohne vorgängige Vereinbarung mit den Grundbesitzern oder den Gemeinden, ganze Bezirke für die landhausmäßige Bebauung reserviert seien. Dies sei z. B. mit Nieder-Schönhausen der Fall, welches mit seinen 3000 Morgen ganz und gar der Villenbebauung vorbehalten sei. Günstig vermischt werde das Prinzip, wonach diese Eintheilung erfolgt sei. Die Stadt Berlin, in welche zahlreiche dieser Gemeinden demnächst eingemeindet werden sollen, habe ein ganz direktes Interesse an dieser Eintheilung, da sie durch dieselbe in stärkster Weise begünstigt werde. Die Sache sei einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zu überweisen. Eigentümlich würde es doch sein, wenn der Magistrat von dieser Bauordnung vor ihrem Erlasse keine Kenntnis erhalten haben sollte, während er mit der Inkommunalisierungsfrage befaßt sei.

Stadtv. Singer: Ich hatte allerdings vermuthet, daß der Magistrat sich zur Sache äußern würde. Was eine Ausschussberatung des Antrages soll, kann ich nicht recht begreifen; wir können ihn ohne weiteres annehmen, da ganz zweifellos für die bevorstehende Eingemeindung der Vororte die neue Bauordnung von großem Interesse ist. Ihre etwaigen Erklärungen könnten die Vertreter des Magistrats ja auch hier abgeben; ein Ausschuss würde die Erledigung der Angelegenheit nur verlangsamen. Ich habe das Wort hauptsächlich ergriffen, um dadurch aus dieser Versammlung heraus der Auffassung Ausdruck zu geben, daß wir das, was Herr Kyllmann und seine Freunde jetzt und früher als eine Erschwerung bezeichnet haben, für vollkommen gerechtfertigt erachten (Zustimmung), daß wir in die Klagen der Herren über die neue Bau-Ordnung Berlins ebenso wenig wie in diejenigen hinsichtlich der Bau-Ordnung für die Vororte mit einstimmen. Es ist ein großes Verdienst für Berlin eine Baupolizei-Ordnung geschaffen zu haben, die wenigstens in etwas die geradezu schamlose Ausnutzung von Raum, Luft und Licht beschränkt. (Beifall.) Die Ausführungen des Antragstellers schienen mir allerdings nicht von dem Wunsche getragen, daß das Terrain, welches bei der Einverleibung der Stadt zur Verfügung steht, nicht auch in vollem Umfange von der Baupolizei ausgenutzt werden soll. Wir meinen, die städtische Verwaltung Berlins sollte alle Anregungen der Regierung, welche durch die Eingemeindung ein gesteigertes Wohnen der Bevölkerung ermöglichen wollen, in höchstem Grade unterstützen. (Sehr richtig!) Die Auffassung des Herrn Kyllmann dürfte aber zum Gegentheil führen, nämlich zur Auslieferung auch dieses Bau Terrains an die Spekulation. Es liegen dafür auch schon bestimmte Anzeichen vor. Die wüsthete Baupolizei hat sich bereits in diesen Terrains geltend gemacht. In der gemischten Deputation für die Inkommunalisierung habe ich darauf hingewiesen, daß die letztere nichts weiter bedeuten würde, als eine Privilegierung der wüstheten Grundstückswechsler, wenn wir nicht im Stande wären, die Regierung zu veranlassen, in das zu erlässende Inkommunalisierungsgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, nach welcher alles in Privatbesitz befindliche Land bei der Eingemeindung im Wege der Enteignung nach seinem Werthe als Ackerland in den Besitz Berlins übergeht. (Unruhe.) Gewiß findet ein solcher Vorschlag zur Zeit hier keine Mehrheit; aber das eine darf ich vielleicht doch hoffen, daß diese Versammlung sich einmal darüber hinwegsetzt, daß sie nach der Städte-Ordnung zur Hälfte aus Hausbesitzern besteht. Dieser Umstand empfiehlt doch gerade ein vorsichtiges Operiren auf diesem Gebiete. Gewiß wäre es besser gewesen, wenn man die Gemeinde, deren Heil man zeitweilig, erst gefragt hätte. Wenn aber der Magistrat sich dazu ausschlagen könnte, diese Veranlassung zu benutzen, um daraus zu bringen, daß endlich einmal das so oft gegebene Versprechen der sogenannten freiwilligen Wohlbüher der niederen Klassen erfüllt würde, nach hygienischen Grundätzen gesunde Arbeiterwohnungen für Miethsbeträge zu bauen, welche nicht die Taschen der Spekulanten füllen, sondern für den Arbeiter erschwinglich sind, dann könnten wir dafür nur außerordentlich dankbar sein. Führen die Erörterungen des Magistrats zu Erklärungen der gefundenen Grundlagen dieser Bauordnung, so würde ich mich nicht darüber wundern, aber dieses Ergebnis auf lebhafteste beklagen; und ich kann nur wünschen, daß die Regierung bei ihrem Widerstand gegen die Ausnutzung des Terrains durch die Spekulation rüdensteif bleibt und sich durch das Wehklagen der Bourgeoisie nicht einschüchtern läßt! (Lachen und Beifall.)

Stadtrat Voigt: Der Magistrat hat von der Bau-Ordnung vor ihrem Erlasse keine Kenntnis gehabt und auch bisher noch keinen Beschluß im Sinne des Antrags gefaßt.

Stadtv. Wohlgenuth: Die Ausführungen des Stadtv. Singer sprechen gerade für Ausschussberatung. (Widerspruch.) Die Frage darf nicht von dem rein bauseitigen, auch nicht von dem hochsozialpolitischen Standpunkte, sondern sie muß von dem Standpunkte des Berliner Stadtverordneten betrachtet werden. Daher empfiehlt sich am meisten die Erörterung der ganzen Frage in der gemischten Deputation. Diese wird am besten entscheiden können, welche Theile des zu inkommunalisierenden Bezirks sich für landhausmäßige Bebauung eignen. Die Bedingungen dafür kommen den Arbeiterwohnungen keineswegs, sondern nur reichen Leuten zu gute. Wenn Herr Singer von sogenannten Wohlbüheren der Arbeiter spricht, so nehme ich das Wort ganz ernst. Die betreffenden Baugesenossenschaften haben für die Arbeiter landhausmäßige Bauten geschaffen. (Zwischenruf: Und 5 Prozent Dividende eingestrichelt!) — diese 5 pCt. sind den Hausbesitzern wieder zu gute gekommen. Ich empfehle die Verweisung an die Deputation.

Stadtv. Baillen begrüßt mit seinen engeren Parteifreunden die neue Bau-Ordnung als großen Fortschritt und als einen solchen nicht etwa im Interesse der reicheren Leute, sondern der ärmeren Klassen, und weist speziell auf den Ruf im Novemberheft der preussischen Jahrbücher hin, wo die Miethskünder der städtischen Behörden an der üppigen Ausdehnung des Mieths-lasernsystems nachgewiesen sei. Daher sei es zu begreifen, daß die Regierung die städtischen Behörden nicht erst gefragt habe, sondern selbständig vorgegangen sei.

Stadtv. Hante ist ebenfalls für gesunde hygienische Reformen auf diesem Gebiete, kann dieselben aber in der neuen Bau-Ordnung nicht erkennen. Dasselbe mache für die Landhausbezirke gemeindliche Entwässerung und Wasserleitung unmöglich. Besonders strappiren müsse die Wälder, mit welcher eine große Menge Eigentum mit einem Federstrich entwerthet sei.

Damit schließt die Diskussion.

Im Schlußwort erklärt Stadtv. Kyllmann, daß es zur gründlichen Erörterung durchaus eines Ausschusses bedürfe. Der Stadtv. Singer vermüthe in der Bau-Ordnung etwas, was nicht darin stehe. Z. B. sei der ganze Bezirk längs der Götlicher Bahn auf 20 Kilometer hinaus der landhausmäßigen Bebauung vorbehalten. Ein abgefragter Feind der Miethslaserei sei er nicht, halte dieselben vielmehr für einen großen Segen. (Aha!) Auch die Berliner Wohnungsverhältnisse seien nicht so schlecht, wie vielfach dargestellt werde.

Der Antrag geht nach dem Antrage Wohlgenuth an die gemischte Deputation.

Die fortschreitende Bebauung des äußersten Westens und Nordwestens von Berlin, sowie der anstossenden Gebiete theile der Feldmark Charlottenburgs hat wachsende Anzutragsigkeiten in den Grenzverhältnissen dieser Gemeinden im Gefolge. Zur Beilegung dieses Mißstandes wird seit mehreren Jahren an der Herbeiführung eines Abkommens zwischen Berlin und Charlottenburg gearbeitet. Auf Anregung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung ist zwischen beiden Magistraten über eine Erweiterung dieses Abkommens dahin verhandelt worden, daß auch die Berlin gehörigen Theile des Gartenufers und der Berliner Straße, soweit sie auf Charlottenburger Gebiet belegen sind, in die Verwaltung Charlottenburgs übergehen sollen. Der Berliner Magistrat hat dem zugestimmt; das Abkommen soll sich nunmehr auf folgende Gegenstände erstrecken:

A. Ueberreignung der der Stadt Berlin gehörigen Kaiserin-Augusta-Allee an Charlottenburg.

B. Uebernahme der Verwaltung des Charlottenburger und

des Gartenufers, sowie der entsprechenden Theile des Gartenufers und der Berliner Straße durch Charlottenburg.

C. Ausbau der Charlottenburger gehörenden Bayreuther- und Lutherstraße, Errichtung einer Gasbehälteranstalt an dieser Straße für Berlin und Verlegung der erforderlichen Gasröhren innerhalb des Reichbildes von Charlottenburg.

D. Aufhebung des Wegzolls auf der Noabit-Charlottenburger Chaussee.

E. Regulierung und Unterhaltung des Straßendamms der Beusselstraße von der Kaiserin-Augusta-Allee bis zur Thurmstraße, sowie Anlage der Straße 77 von der Beusselstraße bis zum Knickpunkte der Reichbildgrenze.

F. Festsetzung einer Verwaltungsgrenze statt der Reichbildgrenze auf dem Martinidenfelder Gebiet.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit dem Abschluß des Abkommens in diesem Umfang einverstanden zu erklären und den Magistrat zu ermächtigen, auf der Grundlage desselben mit Charlottenburg gefonderte Verträge abzuschließen.

Für die Verwaltung und Unterhaltung der Kaiserin-Augusta-Allee, des Charlottenburger und Salz-Ufers, sowie der Theile des Gartenufers und der Berliner Straße soll die Stadt Berlin an Charlottenburg jährliche Renten von 2500, bezw. 9400 und 2750 M. zahlen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Die Stadtv. Alt u. Gen. beantragen zu beschließen: „Der Magistrat wird ersucht, den Beschluß der Versammlung vom 18. Dezember 1890, betr. die Festsetzung von Baustraßenlinien für die Verlängerung der Kaiser-Wilhelmstraße, baldmöglichst zur Ausführung zu bringen.“

Der Antrag wird nach Befürwortung durch die Stadtverordneten Alt, Burchard und Wohlgenuth mit großer Mehrheit angenommen.

Für 1892/93 im Extraordinarium bewilligten 2500 M. für die Einrichtung von 2 Jentestmalwaagen auf dem Nieselgut Blankenfelde haben für dieselben nicht ausgereicht; die Kosten sind vielmehr um ca. 1436 M. höher gewesen. Ein Antrag des Magistrats, diese Ueberschreitung nachträglich zu genehmigen, war in der Sitzung vom 8. Dezember vor. Jahres abgelehnt worden. Der Magistrat richtet nunmehr nochmals dasselbe Ersuchen an die Versammlung, indem er ausdrücklich hervorhebt, daß die Sutsverwaltung bei der Beschaffung der beiden Waagen nicht ganz zweckentsprechend verfahren ist und auf diese Verfehlung nachdrücklich aufmerksam gemacht worden ist.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Der Feuerklassenbeitrag zur Deckung der im Verwaltungsjahre 1. Oktober 1891/92 entstandenen Brandentschädigungen, Nebenkosten und Beiträge zu den Kosten des Feuerlöschwesens — insgesamt 1 814 466,71 M. — wird auf 4 Pfennige für je 100 M. der Feuerversicherungssumme festgesetzt.

Die zur Freilegung der linksseitigen Spreuerstraße zwischen der Jannowitz- und Schillingstraße erforderlichen Flächen sollen im Wege der Enteignung erworben werden. Die Forderungen der Eigentümer für das Hinterland der betr. Grundstücke in der Wasserstraße, Köpenickerstraße und Michelliedstraße hält der Magistrat für zu hoch; außerdem haben einige Grundbesitzer erklärt, freihändig überhaupt nicht verkaufen zu wollen.

Die Vorlage wird angenommen. Schluß 8 1/2 Uhr.

## Lokales.

Drei Sammelisten für die gemakregelten Pferdebahnbedienten, Nr. 122, 123 und 125 sind verloren gegangen. Die Genossen werden ersucht, dieselben anzuhalten und an die Expedition des „Vorwärts“ abzuliefern.

Genosse Ferdinand Ewald aus Brandenburg hat gestern seine viermonatige Gefängnisstrafe in Plönses angetreten.

Weststädtisches Gend. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch haben 1942 Personen, 1899 Männer und 43 Frauen, das städtische Obdach aufgesucht. Ein bürgerliches Blatt bemerkt hierzu: „Es ist erschreckend, den trübseligen Zustand vieler dieser Kerker anzusehen, die bei der bitter kalten Witterung selbst der nothwendigsten Bekleidungsstücke ermangeln. Wenn auch die städtische Verwaltung soviel als möglich bemüht ist, diesen Leammenswerthen, die sehr oft ohne Verschulden in ihre traurige Lage gerathen sind, ihr Loos zu erleichtern, so reichen die Mittel dennoch nicht hin, dem Elende in genügender Weise zu steuern. Private Hilfsthätigkeit ist hier mehr als je geboten!“ — Wir möchten nur wissen, worin eigentlich die hervorragenden Hilfeleistungen der städtischen Verwaltungskörperchaften bestehen! Offiziell wird der Nothstand abgelehnt, aber hinten herum verkennt man stets und ständig in der bürgerlichen Presse, daß man alles thut, um den nicht existirenden Noth and zu lindern. Und der ewig nachhinkende Pferdefuß ist doch immer der Appell an die Privatwohlthätigkeit. Eine nette Gesellschaftsordnung, die nicht einmal des durch sie erzeugten Nothstandes Herr werden kann.

Ein Bild aus der Aera der sozialen Reform! Aus Spandau wird berichtet:

„In ihrer Wohnung erfroren ist in Spandau eine siebzehnjährige, in den dürftigsten Verhältnissen befindliche Frau. Dieselbe bewohnte eine kleine Kammer auf dem Hote eines Hauses an der Bicheldorfer Straße und hatte mehrere Tage kein Lebenszeichen von sich gegeben. Da wurde die Thür auf Veranlassung der Polizei am Mittwoch geöffnet. Auf einem armseligen Lager erblickte man die Leiche der Frau; dieselbe war infolge von Kälte und Entbehrungen umgekommen.“

Man soll doch wenigstens offen sein: die alte Frau ist verhungert und erfroren oder erfroren und verhungert — wie man will, jedenfalls gilt auch hier das Sprichwort: Doppelt hält besser.

Eine Eheschließung wider die Abrede hat am letzten Tage des Jahres 1892 auf einem hiesigen Standesamte stattgefunden. Ein hiesiges Blatt berichtet hierüber: Braut und Bräutigam stehen feillich gekleidet vor dem Standesbeamten. Letzterer hat soeben mit der würdevollen Miene, die er in derartigen Fällen anzunehmen pflegt, das Brautpaar mit den Pflichten des neuen Standes vertraut gemacht und richtet an den Bräutigam die feierliche Frage, ob er die ihm zur Seite stehende Jungfrau N. N. zu seiner Ehegattin machen wolle. „Nein,“ lautet die im entschiedenen Tone gegebene, für den Standesbeamten nicht wenig verblüffende Antwort. Alles Zureden erweist sich als nutzlos. „Ich habe unterwegs etwas über meine Braut gehört“, erklärt der Bräutigam und damit verbleibt er bei seiner Weigerung. Das Brautpaar verläßt mit den Traugeugen das Amtstotal und der Standesbeamte geht erregt auf ab, indem er sein Gehirn zermartert, wie er das bereits fertiggestellte Protokoll wieder in Ordnung bringen könne. Während er noch über dieses schwierige Problem nachsinn, treten zu seiner nicht geringen Ueberraschung die Brautleute sammt Gefolge wieder herein. Inzwischen hatte sich nämlich folgende Szene abgespielt. Auf der Straße angelangt, machte die schöne kompromittirte Braut ihrem abspenstig geordneten Liebhaber heftige Vorwürfe. Er werde wohl wieder eine Frau, sie aber, die in solcher Weise beschimpft sei, nie mehr einen Mann bekommen. Diese Vorhaltungen stimmten den nicht bössartigen jungen Mann ganz weich und nun geht er auf den Vorschlag seiner Braut ein, zurück-







Neben gehalten, die in einem Hoch auf den regierenden Kaiser ausging. Zu gleicher Zeit leierte ein Orgelspieler das bekannte „Male, Male“ herunter. Einige andere Gäste hielten sich über das Spiel des Liedes auf und ein im Gespräch hingeworfenes „Pui“ erlangt wohl zufällig in dem Augenblick, als das von den Anderen ausgebrachte Hoch verklungen. Der pflichtgetreue Zeitungsmensch vom „unparteiischen Organ“ wußte sogleich die Majestätsbeleidigung herauszudreheln. Schnelligt lief er nach der Polizei und befragter Arbeiter wurde natürlich verhaftet. Wie wir wissen, ist derselbe auf freiem Fuße und es wird ihm ein Leichtsinn sein, die dem Geruch des Mordspatrioten entspringende Demagogie auf ein Nichts zurückzuführen. So verständlich sind die Arbeiter, daß sie sich nicht durch so grob- und sinnlose Verurteilungen in die Gefahr der Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung bringen. Aber Zeitungsmenschen, wie die des „General-Anzeiger“, die trotz ihrer Unparteilichkeit immer sehr nach oben schauwenzeln und den Arbeitern die guter Gelegenheit einen Fußtritt versehen, können aus dem harmlosesten Worte ein Kapitalverbrechen konstruieren. — Da die „Lokal-“ und „General-Anzeiger“ so ziemlich jeden Ort in politischer Beziehung eine höchst zu e i d e u t i g e Stellung einnehmen, ist es nicht überflüssig, auf das Fortnunder Vorkommnis die arbeitende Bevölkerung nachdrücklich aufmerksam zu machen.

Das gefährliche Gerücht. Aus Wien wird geschrieben: Ich hatte vor einigen Monaten das Malheur, zur nächtlichen Stunde einer jener Löhne von mir geben zu müssen, welche durch Wählungen entstehen. — Ich ahnte nicht, daß dieses „Vergehen“ so scharf aufgefaßt werden wird, als ich es zu erleben die Gelegenheit hatte. Zwei Wachmänner hörten nämlich den Ton, gingen mir nach und arrestierten mich. — War es Schreck oder was immer, was die beiden zur Arrestierung veranlaßte, ich weiß es nicht, ich erhielt eine Anklage wegen § 812 (wörtliche oder thätliche Beleidigung einer in Ausübung des Dienstes begriffenen amtlichen Person). Zur ersten Verhandlung erschienen der Angeklagte und seine zwei Kollegen, die in jener rucklosen Nacht seine Begleiter waren und nur ein Wachmann. Die Zeugen wurden einvernommen und da sich ein Widerspruch des Wachmannes ergab, wurde die Verhandlung vertagt. Zur zweiten Verhandlung erschienen die beiden Wachmänner und keine Zeugen. Auf die Frage des Angeklagten, warum seine Zeugen nicht vorgeladen wurden, erhielt er zur Antwort, daß diese „parteiisch“ seien. In dieser Verhandlung wurde nun auch die nächtliche Mißthat mit 8 Tagen Arrest geahndet. Ich meldete den Refkurs dagegen an, gab 25 fl. für einen Verteidiger aus und wurde in der erst kürzlich stattgefundenen Verhandlung im Landgerichte freigesprochen. Diese Instanz fand keine Wachebeleidigung an dieser That. Also eine Freiheit haben wir doch noch in Oesterreich.

Hamburg, 4. Januar. Der spanische Dampfer „Murlano“ kollidierte im hiesigen Hafen mit dem Dampfer „Gladaul“, jagte diesen auf den Ponton und segelte zwei Schuten in den Grund; der Schaden ist enorm.

Fürth. Das Neujahrswünschen ist hier den Gaskaternen-Angehörigen verboten. Einer unserer Sichtungsfelder

lam nun auf den Gedanken, anstatt Profit Neujahr „Mehr Licht“ zu wünschen. Damit verhöht der Mann nicht gegen die ortspolizeiliche Vorschrift und macht ein ganz gutes Geschäft, da er sich mit diesem Wunsch in Uebereinstimmung mit der ganzen Bevölkerung befindet.

Elementargetwaken. Kopenhagen, 5. Januar. Die aus Nyburg gemeldet wird, ist in der Sturmnacht vom Sonnabend zum Sonntag die nördliche Mole bei Knudshoved zerstört worden. 7000 Kubikfuß Mauerwerk, darunter 30 Betonblöcke von je 60 000 Pfund Gewicht, 700 Kubikfaster Steine u. s. w. sind von den Wellen fortgespült worden. Das Wasser stieg fünf Fuß über den täglichen Wasserstand.

Geistesgegenwart. Kopenhagen, 31. Dezember. Die Geistesgegenwart eines Eisenbahn-Arbeiters verhinderte gestern auf der Station Bjerringbro in Jütland ein Unglück, das Hunderte von Menschenleben gekostet haben könnte. Auf dem Hauptgleise des Bahnhofes stand ein Personenzug, dessen Lokomotive auf einem Nebengleise leere Güterwägen einfügte, als ein Extragüterzug mit voller Kraft auf dem Hauptgleise herandraste. Das Wetter war neblig, so daß die Signale nicht gesehen oder verstanden worden waren, zum Bremsen war es zu spät, als der Arbeiter Anderen im letzten Augenblicke zur Weiche sprang und den Extrazug auf das Nebengleise führte, wo im nächsten Augenblicke Lokomotiven und Wagen zertrümmert waren, der Personenzug aber war gerettet.

Lynchjustiz. Nach einer Meldung aus Watersville (Nord-Carolina) griffen 500 mastirte Personen das dortige Gefängnis an, bemächtigten sich des noch nicht verurteilten Mörders eines angesehenen Bürgers der Stadt und lynchten denselben. Sieben Gendarmen traten der Menge entgegen und suchten vergeblich ihr den Mördern zu entreißen. Es kam zu einem blutigen Kampfe, in welchem alle Gendarmen und 25 Personen aus der Menge, darunter mehrere angesehenen Bürger der Stadt, getödtet wurden.

Die letzten Nachrichten aus Marion (Nord-Carolina) melden, daß am Tage nach den bereits berichteten Vorfällen in Watersville, die Kämpfenden sich noch immer gegenüber standen. Die Gendarmen wurden verstärkt, ebenso vergrößerte sich die Menge. Die Gendarmen, welche den Tod des Sheriffs rächen wollten, griffen die Menge an, worauf es gestern Nachmittag zu einem neuen Zusammenstoß kam, bei welchem 25 Personen getödtet wurden. Man erwartet das Eintreffen von Truppen.

### Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 5. Januar. Dem heutigen Ministerrathe wohnte der Justizminister Bourgeois, der von seiner Krankheit wiederhergestellt ist, bei. Der Minister des Innern Loubet besprach die für den 10. d. M. in Aussicht genommenen sozialistischen Kundgebungen sowie die beabsichtigten Maßnahmen zu Gunsten der arbeitslosen Arbeiter. Die von mehreren Blättern angekündigten

Diskussionen haben in der heutigen Sitzung, welche ohne Zwischenfall verlaufen ist, nicht stattgefunden.

Konstantinopel, 5. Januar. Für Provenienzen aus Hamburg und den Ortshäften bis zur Etablierung ist eine fünfjährige Quarantäne angeordnet worden.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Kopenhagen, 5. Januar. Sieben der größten hiesigen Schneidergeschäfte haben dem Fachverein der Schneidergesellen mitgeteilt, daß von jetzt an kein Geselle mehr bei ihnen beschäftigt wird.

### Briefkasten der Redaktion.

Arbeiter-Bildungsschule. Ueberschuß am Todtensonntag bei Lips 11,95 M. Vom Dispositionsfonds der Märkischer, Filiale Berlin, 10 M. Von Fel. Bernik durch Herrn Mohrmann 2 M. Ein Geschenk von G. 4,25 M. Verein Thedorik 5 M. Weibnachtsfeier aus der Nachbarschaft des Gefreiten Lück 14,60 M. Pianofortefabrik (Wöhler) Landsbergerstraße, Bierprojekte, 30 M. Von der Ethischen Gesellschaft 50 M. Eine rote Sylvesterfeier in der Friedrichstraße 11,11 M. Geselliger Verein Freiheit 7,50 M. Summe 146,41 M. Besten Dank! D. Gumpel, Kassirer, Barnimstr. 42.

Paul Gramm. Ein derartiger Bericht ist uns nicht zugegangen.

B. Gitschin. Die Beseitigung der Bilze durch den Wirth muß sich der Miether gefallen lassen. Das Mädchen ist nicht verbunden, für die gesundheitschädliche Wohnung Mieth für die Zeit nach dem 15. zu zahlen.

C. Lehmann. Da Sie unterschrieben haben, daß beide Theile berechtigt sind, den Vertrag ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist aufzuheben, so steht Ihnen ein Anspruch auf 14 Tage Lohn auch gegen den jetzigen Meister nicht zu.

Geißler. Die Kündigung ist rechtsverbindlich, wenn Sie dieselbe unterschrieben oder die seitens eines anderen erfolgte Unterschrift genehmigt haben. Theilen Sie dem Wirth mit, daß Sie bei Ihrer Kündigung beharren.

Maurerpoliziere. Konnte nicht aufgenommen werden. Lokal geboten.

W. Zehdenick. Derartige Mittheilungen bedürfen der Beglaubigung durch eine Gewerkschaft oder den Vertrauensmann.

E. F., Koppentstr. 93. 1. Dem Miether darf leider Alles einbehalten werden, verkauft darf es lediglich auf Grund des zur Zahlung der Miethe verurtheilenden Erkenntnisses durch einen Gerichtsvollzieher werden. Die Kosten übersteigen zumeist den Erlös, den die armselige Habe bringt. 2. Der Roman „Die Bassen nieder“ kostet in der Buchhandlung des „Vorwärts“ ungebunden 6, gebunden 8 Mark. 3. Ihrer Beschwerde über schlechte Straßenreinigung kann nur durch Vermehrung des Straßenreinigungspersonals und Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich abgeholfen werden. Beides ist von unseren Vertretern im Rothen Hause beantragt.

## Centralverband deutscher Brauer

(Zweigverein Brandenburg).

Sonnabend, den 7. Januar, in den Concordia-Festsälen:

### Sechstes Stiftungsfest

(Vokal- und Instrumentalkonzert mit Ball),

ausgeführt vom gemischten Chor „Proletariat“, dem Männerchor „Kreuzberg“, und dem Brauergesangsverein „Gartenstraße“ (Direktion: M. Bombalko). Musik: „Freie Vereinigung der Hülfs-Vereinsmusiker“, Dirigent Herr Vogel. Entrée 50 Pf. inkl. Ball. Anfang 8 Uhr Abends.

Billets sind außer an den mit Plakaten belegten Stellen bei den Vertrauensleuten sämtlicher Brauereien zu haben. 88/2

## Große öffentliche Versammlung der Sattler Berlins und Umgegend

am Sonnabend, den 7. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im oberen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten J. Auer über: „Nothstand und Arbeitslosen-Statistik“.
2. Diskussion.
3. Bericht und Abrechnung der Arbeitsvermittlungskommission.
4. Neuwahl der Arbeitsvermittlungskommission.
5. Verschiedenes.

Die Arbeitsvermittlungskommission. S. N.: J. Leister. 826b

## Verein der Einsetzer (Tischler) Berlins u. Umgeg.

Sonntag, den 8. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr:

### Ordentliche General-Versammlung

bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Organisation. Diskussion. 2. Jahresabrechnung, Kassen- und Revisionsbericht. 3. Wahl der Arbeitsvermittlungskommission. 4. Unerledigte Anträge.

145/4 Der Vorstand.

## Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

### General-Versammlung

am Sonntag, 8. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Pyrotek, Gipsstr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kassenbericht.
3. Antrag des Kollegen Schröder contra Baumgarten, betr. billiger Preise.
4. Wahl des gesammten Vorstandes.
5. Verwendung der Vereinsgelder.
6. Fragelisten.

Jeder Anschläger, der das 21. Lebensjahr erreicht hat, kann Mitglied des Vereins werden. — Der Arbeits-Nachweis des seit 20 Jahren bestehenden Vereins befindet sich nach wie vor beim Gastwirth Herrn G. Opatz, Sebastianstraße 50. — Das diesjährige (20.) Stiftungsfest des Vereins findet am 21. d. M. in Prochnow's (früher Orschel's) neu renovirten Pracht-Festsälen statt. Billets sind beim Vergnügungs-Komitee und bei Herrn G. Opatz zu haben. 182/3 Kollegen, erscheint alle pünktlich. Der Vorstand.

## Zentralverb. d. Maurer Deutschlands

(Zahlstelle I Berlin, Putzer).

Sonntag, den 8. Januar, Vormitt. 11 Uhr, Dresdenerstraße 96:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Neujahrsgruß, gesungen vom Gesangsverein der Zahlstelle I.
2. Abrechnung vom 2. Quartal.
3. Vorlegung des residirten Vohntarifs.
4. Besprechung über den diesjährigen Maslenball.

244/6 Der Bevollmächtigte.

Gangbares Zigarrengeschäft, Singlerchen 1,50, Buchfinken, Stiege mehrere Zahlstellen, vorzügliche Lage, für 500 M. zu verkaufen. Offerten: 814b N. an die Expedition. 85402

## Arbeiter-Bildungsschule (Ost-Bezirk)

Sonntag, den 8. Januar, Abends präz. 6 Uhr, im Böhmischem Brauhaus, Landsberger Allee No. 11-13:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn Roland über: „Die Lösung des sozialen Problems“. Nachher geselliges Beisammensein und Tanz. Damen und Herren als Gäste willkommen. 808b

## Arbeiter-Bildungsschule

Am Sonntag, den 8. Januar, Abends 5 1/2 Uhr, im gr. Saale der Berliner Bockbrauerei (Tempelhofer Berg):

### Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag über: „Schlechtestes Land und Leute.“ Referent Herr Vogthorr. Nach dem Vortrag geselliges Beisammensein und Tanz. Damen und Herren als Gäste willkommen. 819b

## Berliner Bockbrauerei

Tempelhofer Berg. Teleph.-Amt VI 3019.

Hiermit erlauben wir uns, unser

### Flaschenbier

(Original-Brauerei-Abzug)

in empfehlende Erinnerung zu bringen.

32 Flaschen Lagerbier . . . . .	3 Mk.
30 Flaschen Münchener . . . . .	3 Mk.
24 Flaschen Wiener Märzen . . . . .	3 Mk.
24 Flaschen Doppelbier . . . . .	3 Mk.
20 Flaschen Pilsener . . . . .	3 Mk.

(Bestere aus unserer Brauerei Schönpreisen in Böhmen.)

## Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.

Täglich:

### Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger.

Kinder 10 Pf. Wochentags frei. Sonntags 30 Pfennig.

Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen, F. Sodtke.

## Schmiedel's Festsäle,

Alte Jakobstr. 32, neben dem Thomas-Theater.

Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühnen u. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter konstanten Bedingungen.

### G. Schmiedel Wwe.

## Fertige Betten,

großer Stand, Oberbett, Unterbett, 2 Kopfstützen, mit gereinigten neuen Federn, 12 Mk. Fertige Inlets, Bettwäsche, Matratzen, alle Arten Stepp-, Schlaf- u. Bettdecken, Polsterbettstellen empfiehlt billigst das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von S. Pollack, Oranienstr. 61, am Moritzplatz.

## Kinderwagen.

Größtes Lager Berlins, Andrasstr. 23. S. v.

Verkaufe mein Schaufgeschäft, Fabrik im Hause, Näh. Wabstr. 49 im Eisen-geschäft. 817b

### Schriftsetzer,

guter Partegenosse, im Fach sehr bewandert, sowie in redaktioneller Arbeit geübt, sucht, da er infolge von Wählerregelung schon seit längerer Zeit arbeitslos ist, Stellung. Selbiger würde auch die Stelle eines zeichnenden Redakteurs mit übernehmen. Gest. Off. an Alwin Gentschel, Geringstraße in Sachsen. 85418

## Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Wagenbauer.

(Wahlabtheilung V, III u. VI.) bestehend aus den Bezirken II, III u. VI.)

Sonntag, den 8. Januar 1893, Vorm. 9 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

bei Herrn A. Müller, Gartenstraße 63.

Tages-Ordnung:

Delegirtenwahl zu der am 19. d. M. in Gotha stattfindenden General-Versammlung. 824b Die Ortsverwaltungen.

## Verband der Banarbeiter u. Berufsgenossen Deutschlands

(Zahlstelle Berlin).

Sonntag, 8. Januar, Vorm. 11 Uhr, bei Saeger, Grüner Weg 20:

### Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des gesammten Vorstandes.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Abrechnung vom 4. Quartal 1892.
4. Verbandsangelegenheiten.

404/5 Der Vorstand.

## Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Die General-Versammlung findet nicht Sonntag, den 8. d. Mt., sondern Sonntag, den 15. d. Mt., bei Seefeldt statt.

G. Pflüß, Vorsitzender, Landsbergerstr. 8. 822b

### Bekanntmachung.

In der am 31. Dezember v. J. stattgehabten Sitzung des Waaren-Verkaufs-Vereins, Berlin S., Oranienstr. 50, ist beschlossen worden, als Dividende pro Monat Dezember 1892 zu verkaufen:

5000 Stck. best. körntr. Oberschaalseife	5000
5000 " " Wachskernseife	5000
5000 " " Schauerseife	5000

und zwar in Mengen von

2 Stck. Oberschaalseife	also zusammen
2 " Wachskernseife	6 Stück für
2 " Schauerseife	75 Pfennige.

oder:

1 Stck. Oberschaalseife	also zusammen
1 " Wachskernseife	3 Stück für
1 " Schauerseife	37 1/2 Pfennig.

Jedes Stück vorstehender Seife wiegt in frischem Zustande 1/2 Pfund und liegt zur vorherigen Beschäftigung aus.

Der Verkauf findet am Sonnabend, den 7., Montag, den 9. und Dienstag, den 10. Januar, statt.

Berlin, den 1. Januar 1893. Oranienstr. 50. Waaren-Verkaufs-Verein. 8542L D. Lublinski.

### Betheiligung

suche ich an Fabrikation, Arbeitsstube, Geschäft, mit Kapital bis tausend Mark. Offerten F. Z. 11 Hauptpost.